

PARTEI DES
FORTSCHRITTS
PDF

ABGEORDNETENHAUSWAHL 2026

Wahlprogramm

Landesverband Berlin

August 2026

Inhalt

Kurzfassung	6
Unsere Schwerpunkte	6
Präambel	8
Mut zu neuen Wegen – für eine lebendige Demokratie	8
Finanzierbarkeit durch umfassende Reformen und Effizienz	9
Eine Zukunft für alle – unser Auftrag	9
Mieten, Wohnen & Immobilien	10
Wohnungspolitik für alle Berlinerinnen und Berliner	10
Mehr Wien wagen	11
Nachhaltiges Bauen und Erhalt von Gebäuden	11
Mietenkataster sowie Baulücken- und Potenzialkataster	12
Bodenspekulationssteuer einführen	12
Bauordnung vereinfachen	13
Wohnraumförderung	13
Mitbestimmung von Mietenden bei Landeseigenen Wohnungsbauunternehmen	14
Mietkaufmodelle entwickeln	14
Genossenschaften	15
Fortschrittliche und unkommerzielle Modelle wie Mietshaussyndikate fördern	15
Altersgerechtes Wohnen und Teilhabe im Alter	15
Gestaltung einer altersgerechten Gesellschaft	15
Expo 2035 für Transformation nutzen	16
Jahresübergreifende Städtebauförderung	16
Modulares Zwischenwohnen in Büroflächen	16
Housing First	17
Mietpreisbremse für Kleingewerbe, soziale und kulturelle Einrichtungen	17
Wohnungstauschrecht	17
Illegale Ferienwohnungen unterbinden	18
Möbliertes Wohnen auf Zeit	18
Bildung	19
Staatliche Fort- & Weiterbildung	20
Brennpunkt Schulen stützen	20

Mobilität.....	22
Geschützte Rad- und Fußwege für Berlin.....	22
Ausbau von Fahrradstellplätzen	22
Barrierefreiheit im öffentlichen Raum.....	22
Berlin365 – kostenloser ÖPNV durch ein neues, faires Mobilitätsmodell.....	22
Rekommunalisierung der S-Bahn Berlin.....	24
Sichere und effiziente Bahnhöfe	24
Autonomer S- und U-Bahn-Betrieb	24
Busverkehr beschleunigen – Vorrang für den Nahverkehr	24
Barrierefreie Mobilität: „Muva“ erhalten und ausbauen.....	25
Mobilitätsstationen ausbauen – Sharing in alle Bezirke bringen	25
Jelbi-Stationen	25
Tangentialverbindung Ost stoppen	25
ÖPNV dort ausbauen, wo er den größten Nutzen bringt.....	25
U-Bahn-Verlängerung zum BER stoppen.....	26
A 100-Ausbau stoppen.....	26
Ampeln abschalten.....	26
Tempo 30 für mehr Sicherheit und Lebensqualität	26
Parken auf Grünflächen verhindern.....	27
Gesundheit und Familie.....	28
Vorsorge: Früh erkennen, gezielt handeln.....	28
Stärkung der Gesundheitspädagogik, Bewegung und gesunde Ernährung auch schon in der Kita	29
Kinder und Gesundheit: Stark beginnen – gesund aufwachsen	29
Familien stark machen.....	30
Gleiche Chancen für alle Familien	30
Orientierung und Entlastung für Familien mit besonderen Bedürfnissen	30
Pflegefamilien und Vielfalt der Familien stärken	31
Familien mit Migrationsgeschichte und geflüchtete Familien	31
Gesundheitskompetenz	32
Prekäre und schwierige Situationen für junge Menschen und Erwachsene.....	32
Drogen- und Suchtpolitik.....	33
Drug-Checking für mehr Gesundheitsschutz	33
Starke Kinder- und Jugendhilfe – gezielte Suchtprävention	33

Beratungsstellen	34
Psychologieunterricht an Grundschulen.....	34
Regulierung von E-Zigaretten.....	35
Zentrale und innovative Gesundheitsversorgung.....	35
Digitalisierung im Gesundheitswesen.....	35
KI in der Medizin	36
Wirtschaft und Innovation.....	37
Zahlungsmoral der öffentlichen Einrichtungen	37
Keine Steuergelder für wirkungslose Countdown-Ampeln.....	37
Steuerverwaltung stärken – über 100 Millionen Euro zusätzlich einnehmen	37
Steuerschlupflöcher bei Immobilien schließen	38
Schuldenbremse reformieren – Investitionen ermöglichen.....	38
Erbschaften gerecht besteuern	38
Besseres Risikomanagement bei den Landesunternehmen	39
Berliner Einzelhandel stärken.....	39
Mehr Freiheit bei Ladenöffnungszeiten	39
Handel als Ort der Begegnung.....	39
Vernetzung und Geschäftsstraßenmanagement	39
KMUs stärken – fairer Zugang zu öffentlichen Aufträgen	40
Reduzierung von bürokratischen Hürden	40
Der Wissenschaftsstandort Berlin – Keine Eindampfung, sondern Ausbau	40
Klima und Umwelt	42
Energiewende und Technologieoffenheit	42
Mehr feste und mobile Energiespeicher.....	43
Wärmewende und klimaresilienter Wohnungsbau	43
Dachaufstockung statt neuer Flächenverbrauch.....	44
Entsiegelung und Mikroklima.....	44
Dach- und Fassadenbegrünung	45
Schwammstadt und Regenwassermanagement	46
Solarpflicht für große Parkplätze.....	46
Dezentrale Bürgerenergie und Balkonkraftwerke.....	46
Hitzeschutz als kommunale Pflichtaufgabe.....	47
Solaroffensive und Recht auf Eigenstrom – Berlin als Motor der Energiewende.....	48
Trinkbrunnen und Pumpbrunnen für Hitzeschutz, Stadtgrün und Krisenvorsorge	48

Digitalisierung	49
Register für Datenschnittstellen – Grundlage einer vernetzten Verwaltung.....	49
KI statt Formulare	50
Digitale Souveränität – Berlin unabhängig und offen gestalten	50
Digitale Verwaltungsleistungen – Berlin endlich ins 21. Jahrhundert führen	50
Zugang zu digitaler Infrastruktur.....	51
Datenschutz und Netzfreiheit	51
Förderung von IT- und Datenkompetenz	52
Elektronische Zahlungsoptionen	52
Förderprogramme und Antragsverfahren	52
Künstliche Intelligenz (KI).....	53
Cybersicherheit.....	53
Digitale Mitbestimmung, Transparenz und Beschwerdemanagement	53
Keine intransparente Überwachungstechnologie	53
Sozialleistungen automatisch statt bürokratisch	54
Sicherheit	55
Kritische Infrastruktur schützen	55
Bodycam-Verpflichtungen.....	55
Drohnen & Robotik für Polizei und Sanitäter	56
Winterdienst.....	56
Ausbau der Berliner Verwaltung	56
nO-lympia - Keine neue Olympiabewerbung für Berlin.....	56
„Schwitzen statt sitzen“	57
Schutz vor häuslicher Gewalt - Präventive Fußfesseln zum Schutz vor Femiziden ..	58
Strafverschärfung bei K.-o.-Tropfen.....	58
Frauenhausplätze bedarfsgerecht ausbauen	59
Safe-Points: Sicherheit sichtbar machen - SAFE-POINTS.....	59
Beteiligung an Polizeikosten bei Großveranstaltungen.....	59
Feuerwerk nur in Sonderzonen – für mehr Sicherheit und Rücksicht	59
Einsatz von Tasern bei der Berliner Polizei	60
Saubere Stadt – gemeinsam für ein gepflegtes Berlin.....	60
Demokratie fördern	60
Integration und Menschenrechte	62
Begegnung und Austausch fördern, Sozialraum schaffen	62

Anonyme Bewerbungsverfahren.....	62
Öffentliche Werbeflächen für das Gemeinwohl nutzen.....	63
Mental-Load-Check	63
Öffentliche Toiletten	63
Gendern – barrierefrei und inklusiv gestalten	64
Frauen. Freiheit. Gleichstellung	65
1. Gesundheit und Menstruationsgerechtigkeit.....	65
Menstruationsprodukte dürfen kein Luxus sein	65
Kostenfreie Gesundheitsvorsorge für Frauen	66
Mehr öffentliche und kostenlose Frauentoiletten	66
2. Sicherheit für Frauen in Berlin	66
Mehr Schutzräume im öffentlichen Raum	66
Ausbau der Kampagne „Wo ist Luisa?“	67
Frauenhäuser stärken und langfristig absichern	67
Gewaltschutz neu denken – Staatliche Verantwortung statt Symbolpolitik.....	67
3. Soziale Teilhabe und Chancengleichheit.....	68
Kostenfreier ÖPNV für Mütter.....	68
Chancen und Schutz für Frauen mit Migrationsgeschichte.....	68
Politik für Ältere	71
Pflegebedürftige.....	71
Verbesserung der Pflegesituation	71
Tierwohl	72
Stadttauben-Management	72
Wildtiere im Zirkus.....	72
Asiatische Tigermücke	72
Gegen Abschüsse von Waschbären.....	73
Illegalen Heimtierhandel konsequent bekämpfen und bestrafen	73
Heimtierschutzgesetz für mehr Tierwohl.....	74
Hundeführerschein und Tierklappen	74

Kurzfassung

Das Wichtigste aus unserem Programm auf einen Blick

Diese Kurzfassung fasst die zentralen Ziele und Forderungen des Wahlprogramms zusammen. Sie ist ein redaktioneller Überblick und ersetzt nicht den vollständigen, auf dem Parteitag beschlossenen Programmtext. Maßgeblich sind die ausführlichen Kapitel auf den folgenden Seiten.

Die Partei des Fortschritts tritt zur Abgeordnetenhauswahl 2026 mit dem Leitprinzip Fortschritt an: Wir wollen Berlin modernisieren, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und eine lebendige, direkte Demokratie fördern. Im Zentrum stehen die Stärkung der Basisdemokratie – etwa durch repräsentative Bürger:innenräte – sowie die Finanzierung unserer Vorhaben durch konsequente Reformen, Digitalisierung der Verwaltung und den Abbau von Bürokratie.

Unsere Schwerpunkte

Mieten, Wohnen und Immobilien. Wir setzen den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ um (Entschädigung am Verkehrswert), halten das Tempelhofer Feld frei und wollen den Anteil gemeinwohlorientierter Wohnungen bis 2050 auf mindestens 50 % erhöhen. Vorrang haben Innenentwicklung, der Erhalt von Gebäuden sowie Instrumente wie Mietenkataster, Bodenspekulationssteuer, Genossenschaften und Housing First.

Bildung. Wir bauen Kitaplätze in unterversorgten Bezirken aus, verbessern Personalschlüssel und Qualität, schaffen faire Zugänge für alle Familien und stützen Brennpunktschulen gezielt.

Mobilität und Verkehr. Wir schaffen geschützte Rad- und Fußwege, mehr Barrierefreiheit und ein faires, kostenloses ÖPNV-Modell („Berlin365“), rekommunalisieren die S-Bahn und stoppen überflüssige Straßenprojekte wie den A-100-Ausbau.

Gesundheit und Familie. Wir stärken Prävention und Vorsorge, entlasten Familien, fördern Pflegefamilien und Familienvielfalt und setzen auf eine moderne Drogen- und Suchtpolitik mit Drug-Checking und guter Beratung. Digitalisierung und KI sollen die Gesundheitsversorgung verbessern.

Wirtschaft und Innovation. Wir stärken die Steuerverwaltung, schließen Steuerschlupflöcher bei Immobilien, reformieren die Schuldenbremse für Investitionen, unterstützen Einzelhandel und KMU, bauen Bürokratie ab, erleichtern Unternehmensgründungen und stärken den Wissenschaftsstandort Berlin.

Umwelt und Klima. Wir treiben die Energiewende voran (Solaroffensive, Recht auf Eigenstrom), verbessern den Hitzeschutz mit Trink- und Pumpbrunnen und stärken Stadtgrün und Krisenvorsorge.

Digitalisierung. Wir führen Berlins Verwaltung ins digitale Zeitalter: vernetzte Register, „KI statt Bürokratie“, digitale Souveränität, starker Datenschutz, mehr digitale Teilhabe und Sozialleistungen, die automatisch statt bürokratisch gewährt werden.

Inneres und Sicherheit. Wir schützen kritische Infrastruktur, setzen auf Prävention, verhindern eine Olympiabewerbung und stärken den Schutz von Frauen – etwa durch präventive Maßnahmen gegen Femizide, Strafverschärfung bei K.-o.-Tropfen und bedarfsgerechte Frauenhausplätze.

Integration und Menschenrechte. Wir schaffen mehr Aufenthalts- und Begegnungsräume im gesamten Stadtraum, führen anonymisierte Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst ein, reservieren Werbeflächen für das Gemeinwohl und stärken den Schutz vor Gewalt gegen Frauen. Sprache soll geschlechtergerecht und zugleich barrierearm sein.

Frauen und Gleichstellung. Wir sorgen für Menstruationsgerechtigkeit (Streichung der Mehrwertsteuer auf Periodenprodukte, kostenlose Produkte), kostenfreie Gesundheitsvorsorge, mehr kostenlose Frauentoiletten, mehr Sicherheit im öffentlichen Raum, langfristig abgesicherte Frauenhäuser, einen modernen Gewaltschutz sowie gezielte Chancen und Schutz für Frauen mit Migrationsgeschichte.

Politik für ältere Menschen. Wir stärken die Pflege nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“, bauen Tages-, Kurzzeit- und Palliativpflege aus und richten eine Landespflegekammer ein.

Tierwohl und Tierschutz. Wir setzen auf ein humanes Stadttauben-Management, ein Verbot von Wildtieren im Zirkus, den konsequenten Kampf gegen illegalen Heimtierhandel und ein Heimtierschutzgesetz.

Präambel

Das neue Format für Berlin

Wir leben in einer Zeit voller Veränderungen, aber vor allem auch voller Chancen. Neue Herausforderungen wie der Klimaschutz, die Stärkung der Wirtschaft und der Zusammenhalt in einer pluralistischen Gesellschaft eröffnen uns die Möglichkeit, unsere Zukunft aktiv zu gestalten. Viele Menschen spüren die Dynamik dieser Zeit und wir möchten sie ermutigen, gemeinsam mit uns eine positive Zukunft für Deutschland zu verwirklichen.

Die Partei des Fortschritts steht für Zuversicht, Innovation und nachhaltiges Miteinander. Fortschritt ist das Leitprinzip unseres politischen Handelns und die Antwort auf drängende Herausforderungen. Wir sehen die Entwicklungen unserer Zeit als Gelegenheit, unser Land zu modernisieren und ein neues Kapitel aufzuschlagen: Ein Kapitel, in dem Gerechtigkeit, Fortschritt, Leistung, Nachhaltigkeit und Sicherheit im Einklang stehen. Unsere Schwerpunkte sind einfach und klar formuliert: Wir setzen uns für eine starke Wirtschaft, faire Löhne, sichere Renten, ein gerechtes Asyl- und Sozialsystem, direkte Bürgerbeteiligung, Innovationsförderung, einen entbürokratisierten digitalen Staat und finanzielle Entlastung der Bürgerinnen und Bürger ein, damit jeder – ob Unternehmer oder alleinerziehende Mutter – mit Zuversicht in die Zukunft blicken kann. Auch möchten wir mit Investitionen in erneuerbare Energien, nachhaltige Technologien und umweltfreundliche Innovationen Arbeitsplätze schaffen. Wir streben nach gesellschaftlichem Zusammenhalt, schaffen Perspektiven für alle und stärken Deutschlands Rolle als verlässlichen Partner in der Welt.

Unsere Vision ist ein modernes, robustes und nachhaltiges Deutschland, das Chancen für jeden eröffnet und niemanden zurücklässt. Gemeinsam gestalten wir ein Land, das stolz auf seine Vielfalt und seinen Fortschritt ist. Die Zukunft ist voller Möglichkeiten – lasst sie uns gemeinsam gestalten!

Mut zu neuen Wegen – für eine lebendige Demokratie

Wir stehen fest zu den Werten des Grundgesetzes und setzen auf eine lebendige und direkte Demokratie, die allen Menschen echte Teilhabe ermöglicht. Unser Handeln basiert auf Gerechtigkeit, Menschenwürde und Transparenz, weswegen wir diese Themen in den Mittelpunkt stellen und Populismus sowie spaltender Rhetorik eine klare Absage erteilen. Im Zentrum unserer politischen Identität steht die Stärkung der Basisdemokratie:

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger befähigen, aktiv Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Mit Nachdruck setzen wir uns dafür ein, politische Prozesse durch stärkere Partizipation auf allen Ebenen zugänglicher zu machen.

Digitale Werkzeuge und direkte sowie deliberative demokratische Formate spielen hierbei eine Schlüsselrolle. Dazu gehören Repräsentative Bürger:innenräte, welche ein erprobtes Mittel sind, um Austausch und Vertrauen zwischen Bevölkerung und Politik zu erwirken. Diese Möglichkeiten stärken die Demokratie und binden Menschen mehr in den politischen Dialog ein. Unser Ziel ist eine Gemeinwohlorientierung, indem wir keine Klientelpolitik machen, sondern das Wohl aller in den Vordergrund stellen. Unser Leitspruch „Ideen statt Stillstand“ ist das Fundament von unserem generationenübergreifenden Denken.

Wir setzen auf langfristige Strategien, die pragmatische, nachhaltige und innovative Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit liefern. Dabei verbinden wir wissenschaftliche Erkenntnisse mit den Hoffnungen und Bedürfnissen der Menschen.

Finanzierbarkeit durch umfassende Reformen und Effizienz

Wir setzen auf grundlegende Reformen, die systemische Ineffizienzen beseitigen und langfristig finanzielle Spielräume schaffen. Dazu gehört beispielsweise die massive Effizienzsteigerung des deutschen Staates durch eine konsequente Digitalisierung der Verwaltung, eine umfassende Entbürokratisierung, eine Reform des Steuersystems sowie die zielgerichtete Reform von Subventionen und der Schuldenbremse.

Durch die Bekämpfung teurer und lähmender Strukturen erwarten wir erhebliche finanzielle Entlastungen, die zur Finanzierung unserer Vorhaben genutzt werden. Es bedarf einer umfassenden Reformanstrengung, um ein finanzierbares, effizientes, schnelles und transparentes System zu schaffen. Wir betrachten die Herausforderungen von oben, statt uns in Einzelheiten zu verlieren.

Eine Zukunft für alle – unser Auftrag

Wir stehen an der Seite all jener, die sich eine Zukunft voller Chancen, Perspektiven und Möglichkeiten wünschen. Die Partei des Fortschritts vereint soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftlichem Aufschwung, fördert Bildung und Kultur, stärkt Familien und schützt unsere Umwelt für die kommenden Generationen.

Unser Ziel ist ein sozioökonomisches Umfeld, in dem Freiheit und Zusammenhalt Hand in Hand gehen.

01

Mieten, Wohnen & Immobilien

„Berlin muss bezahlbar werden.“

Gemäß dem IBB Wohnungsmarktbericht 2025 lebten in Berlin 2024 1.971.000 Haushalte, wobei etwa die Hälfte der Haushalte nur eine Person umfasste. Berlin verzeichnete 2024 einen Gesamtbestand von 2.058.666 Wohneinheiten. Nach wie vor ist Berlin eine Mieter:innenstadt (ca. 85 % gegenüber ca. 15 % selbst genutzten Wohneigentums). Knapp 70 % der Wohnungen befinden sich im privaten Eigentum, während es ca. 20 % landeseigene und ca. 10 % genossenschaftliche Wohnungen gibt.

5,5 % bzw. 97.040 der Wohnungen waren 2024 mietpreis- und belegungsgebunden, davon 2,6 % bei privaten Eigentümer:innen. Der Bestand an geförderten Wohnungen nahm gegenüber 2023 um 17.100 Wohnungen ab. Seit 2014 sind mit 30.679 geförderten Wohnungen im Neubau 27.055 mehr Wohnungen entstanden, als bei freifinanzierten Wohnungen. Zwischen 2015 und 2024 stieg die ortsübliche Vergleichsmiete um 23,5 % und erreichte 2024 einen Wert von 7,21 EUR/m². Deutlich dynamischer entwickelten sich hingegen die Angebotsmieten. Der Median erhöhte sich im selben Zeitraum von 8,50 auf 15,74 EUR/m², was einem Zuwachs von 85,2 % entsprach. Insbesondere seit 2022 war eine beschleunigte Entwicklung der Angebotsmieten zu beobachten. Daraus ergibt sich eine tendenziell zunehmende Belastung für Berliner Haushalte bei einem potenziellen Wohnungswechsel. In der Dekade wuchs der Wohnungsbestand um 8,2 %, während die Bevölkerung um 4,7 % zunahm. Die sehr angespannte Wohnungsmarktsituation bleibt aber durch das strukturelle Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bestehen.

Laut Mietenreport 2025 des Deutschen Mieterbundes sind fast 60 Prozent der Haushalte in Berlin sozialwohnberechtigt, 50.000 Menschen sind wohnungslos.

Wohnungspolitik für alle Berlinerinnen und Berliner

Die Situation ist gekennzeichnet durch einen signifikanten Mangel an Wohnraum, einem massiven Defizit an bezahlbaren Wohnungen aber auch einer ungerechten

Versorgung im gegenwärtigen Wohnungsbestand. Fehlender oder unzureichender Wohnraum für den Einzelnen hat unmittelbaren Einfluss auf Zufriedenheit und Gesundheit. Fehlender oder unbezahlbarer Wohnraum ist das Ergebnis sozialer Ungleichheit.

Der Volksentscheid zu „Deutsche Wohnen & Co“ enteignen von 2021 fand eine Mehrheit von knapp 60 % der Abstimmenden - mehr als 1 Mio. Berliner:innen. Allerdings ist die Umsetzung noch in weiter Ferne und wurde politisch blockiert. Die PdF setzt sich für die Umsetzung des Volksentscheids ein. Allerdings mit der Maßgabe, dass die zu zahlenden Entschädigungen am Verkehrswert bemessen und nicht wie gefordert deutlich darunter sein müssen.

Der Volksentscheid zum Erhalt des Tempelhofer Felds von 2014 erhielt gut 64 % bzw. ca. 740.000 der Stimmen, mit dem Ziel das ehemalige Flugfeld von Bebauung freizuhalten. Die PdF setzt sich auch hier für eine strikte Einhaltung dieser Abstimmung ein und zeigt Bestrebungen einer Neuabstimmung oder das Infragestellen seitens der Politik die rote Karte. Es gibt genügend Alternativen für bauliche Entwicklungen in Berlin, so dass diese wichtige ökologische und soziale Fläche für Berlin frei bleiben muss.

Mehr Wien wagen

In Wien leben ca. 25 % der Menschen in Gemeindewohnungen, was vergleichbar mit Berlin ist. Jedoch gibt es zusätzlich 200.000 dauerhaft geförderte Wohnungen, womit es insgesamt ca. 60 % sozialem Wohnraum gibt und in der Kommunalpolitik ist diese Aufgabe seit über 100 Jahren etabliert. Unser Ziel für Berlin ist es, den Anteil von 35 % landeseigenen, genossenschaftlichen und geförderten Wohnungen bis zum Jahr 2050 auf mindestens 50 % zu bringen. Dies bedeutet grob 1 Mio. leistbare Wohnungen. Dazu würden die geschätzt ca. 220.000 Wohnungen des Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ einen wichtigen Beitrag leisten.

Weiterhin ist der Ankauf durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften voranzutreiben und mit Finanzmitteln auszustatten. Für landeseigene Wohnungen und Grundstücke ist eine rechtliche Absicherung zu schaffen, die Veräußerungen verhindert.

Nachhaltiges Bauen und Erhalt von Gebäuden

Gemäß dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 06.09.2024 soll der Flächenverbrauch bis zum Jahr 2050 auf „Netto-Null“ sinken. Für eine Einhaltung der Klimaziele und lebenswerten Bedingungen in Berlin muss dieser Wert allerdings schon vorher erreicht werden. Berlin muss verstärkt auf Innenentwicklung und Nachverdichtung, statt auf Ausweitung von neuen Baugebieten am Stadtrand setzen. Der NABU hat in einer eigenen Studie für Berlin 985 Hektar an bereits versiegelter Fläche identifiziert, die ohne Schaden für die städtische Artenvielfalt und ohne Verlust von Grünflächen bebaut werden könnten. Im Jahr 2040 werden voraussichtlich etwa 4,0 Millionen Menschen in unserer Stadt leben. Deshalb braucht Berlin dringend

neuen und insbesondere bezahlbaren Wohnraum und eine finale Klärung, welche Flächen dafür noch in Anspruch genommen werden. Um einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt zu erreichen, ist gemäß Stadtentwicklungsplan Wohnen 2040 im Zeitraum von 2022 bis 2040 der Bau von 222.000 Wohnungen nötig - hinzu kommt der Bedarf an einer perspektivischen Flächenvorsorge für weitere 50.000 Wohnungen. Die verkehrliche Erschließung dieser Quartiere sollte dabei möglichst wenig Fläche beanspruchen und primär auf den ÖPNV setzen. Dies bedeutet auch keinen Weiterbau von überflüssigen und teuren Verkehrsverbindungen wie Tangentialverbindung Ost und Weiterbau der Bundesautobahn A-100 und sonstige aufwendige Infrastrukturkosten.

Bestehende Gebäude sind hinsichtlich ihrer bereits eingesetzten Ressourcen wichtige Bestandteile für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Erhalt, Umbau und Sanierung müssen Vorrang vor Abriss und Neubau haben. Jegliche Baumaßnahmen müssen dem Nachhaltigkeitsprinzip unterliegen. Insgesamt werden rund 40 % der gesamten Treibhausgasemissionen in Deutschland durch die Herstellung, Errichtung, die Modernisierung sowie durch die Nutzung und den Betrieb der Wohn- und Nichtwohngebäuden verursacht. Öffentliche Fördermittel sind an die möglichst umfassende Rückbaufähigkeit der Gebäude zu knüpfen.

Mietenkataster sowie Baulücken- und Potenzialkataster

Wir unterstützen den Koalitionsbeschluss von rot/schwarz zur Einführung eines Mietenkatasters zur Erfassung von Wohnungs- und Gebäudedetails sowie der Zusammensetzung der Bruttowarmmiete. Des Weiteren braucht es ein Baulücken- und Potenzialkataster gemäß § 200 Baugesetzbuch, in dem neben unbebauten Grundstücken auch unterausgenutzte Flächen registriert werden, die Aufstockungen ermöglichen. Hierzu sollen die Erfahrungen aus Brandenburg mit einbezogen werden. Allein durch Aufstockungen besteht in Berlin ein Potenzial von mehreren tausend Wohnungen. Das Baulücken- und Potenzialkataster ist im Geoportal unter Datenschutzbedingungen öffentlich zu machen.

Das Kataster soll auch dazu dienen die 2024 angepasste EU-Richtlinie EPBD (Energy Performance of Buildings Directive) umzusetzen. Nach dieser muss bis 2030 bei Wohngebäuden der Primärenergiebedarf gegenüber 2020 um 16 % gesenkt werden - bis 2035 um mindestens 20 %. Die Mitgliedstaaten müssen Sanierungspflichten zwar nicht individuell, sondern bezogen auf den gesamten Gebäudebestand durch Sanierung der 43 % energetisch schlechtesten Gebäude nachweisen. Bei Nichtwohngebäuden gibt es hingegen eine individuelle Sanierungsverpflichtung der schlechtesten 16 % bzw. 26 % bis 2030 respektive 2033.

Bodenspekulationssteuer einführen

Berlin braucht eine Grundsteuer C. Der Steuersatz für die Grundsteuer B beträgt in Berlin für unbebaute Grundstücke 0,45 Promille. für Wohngrundstücke (Ein- und Zweifamilienhäuser, Wohnungseigentum, Mehrfamilienhäuser) 0,31 Promille. Diese geringe unterschiedliche Steuerbemessung reicht nicht aus, um die

Bodenspekulation in Berlin zu unterbinden. Berlin sollte über die Grundsteuer C stärker unbebaute, aber baureife Grundstücke besteuern, um gezielt die freien Baugrundstücke einer Bebauung zuzuführen.

Die Verwaltungsaufgaben hierzu sollen ähnlich wie in Hamburg weitestgehend mit KI erfolgen, um die Personalkapazitäten zu entlasten.

Bauordnung vereinfachen

Die Bauwerkskosten im Wohnungsbau haben sich innerhalb von 25 Jahren mehr als verdoppelt, im Bereich der Haustechnik sogar mehr als vervierfacht. Bei den sich dadurch aufgeschaukelten Investitionskosten im Wohnungsbau auf über 5.000 € pro m² Wohnfläche ist das bezahlbare Bauen und Wohnen jedenfalls nicht mehr möglich.

Verglichen mit anderen europäischen Ländern sind die Wohnneubaukosten in Deutschland mit rund 5.150 Euro pro Quadratmeter am höchsten. Bauen muss wieder einfacher werden, was Kosten senkt und auch zum Klimaschutz beitragen kann. Ein Werk ist gemäß Deutschem Institut für Normung (DIN) mangelfrei, wenn es im Zeitpunkt der Abnahme auch den anerkannten Regeln der Technik entspricht. Wobei DIN-Normen generell keine Rechtsnormqualität zukommt. Eine Vereinfachung der Bauordnung Berlin muss daher weiter vorangetrieben werden. Die 2024 eingeführte Typengenehmigung für den Gebäudetyp E für einfaches und experimentelles Bauen ist ein richtiger erster Schritt. Es braucht zusätzliche Öffnungen für Standards, die unter diese Genehmigung fallen können.

Wohnraumförderung

Die Wohnraumförderung in Berlin muss grundlegend weiterentwickelt werden. Der bisherige Bindungs- und Förderzeitraum von 30 Jahren ist zu kurz, da geförderte Wohnungen anschließend wieder dem freien Wohnungsmarkt unterliegen und der Bestand an dauerhaft bezahlbarem Wohnraum kontinuierlich schrumpft. Wir setzen uns deshalb für deutlich längere Bindungsfristen von mindestens 50 Jahren ein. Für landeseigene Wohnungen streben wir – nach dem Vorbild Wiens – eine dauerhafte Sozialbindung an. Darüber hinaus wollen wir den Erfahrungsaustausch mit Hamburg suchen, das Ende 2022 eine 100-jährige Mietpreisbindung eingeführt hat. Auch im kooperativen Baulandmodell sollen künftig mindestens 60 Prozent der neu entstehenden Wohnungen gefördert und dauerhaft preisgebunden sein.

Wir setzen uns dafür ein, die Mietbelastungsquoten bei der Wohnraumförderung nicht mehr starr für alle Haushalte mit 30 % der Bruttowarmmiete zu berechnen. Für Haushalte mit mehreren Personen ist die Leistbarkeit niedriger, weshalb auch die Quote abgestuft niedriger sein muss. Wir schließen uns dem Vorschlag des Berliner Mietervereins an, der für zwei Personen 26 %, für drei Personen bei 24 % und für Vierpersonenhaushalte 22 % vorschlägt.

Wie in Hessen seit 2016 setzen wir uns für die Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe ein. Durch eine in der Regel lange Mietdauer mit wenig

Fluktuation und sich biografisch bedingt ändernden Einkommensverhältnissen sowie immer weniger werdenden Sozialwohnungen kann hier im Sinne der Gerechtigkeit ein Ausgleich hergestellt werden. Durch turnusmäßige Einkommensüberprüfungen wird dabei festgestellt, ob die Personen noch die finanziellen Kriterien der geförderten Wohnung erfüllen. Bei einer Überschreitung von mehr als 20 Prozent der Einkommensgrenze ist eine Abgabe zu zahlen, ebenso bei Nichtbeantwortung. Das Geld fließt in den sozialen Wohnungsbau. Die Einnahmen überwiegen erfahrungsgemäß den Verwaltungsaufwand, der KI-gesteuert noch weiter reduziert werden kann.

Die Berliner Wohnraumförderung sollte Clusterwohnungen ausdrücklich als förderfähige Wohnform berücksichtigen. Diese Wohnform erfreut sich einer steigenden Nachfrage, da sie die Vorteile privaten Wohnens mit gemeinschaftlichem Leben verbindet. Bewohnerinnen und Bewohner verfügen über ein eigenes Zimmer mit Bad und kleiner Kochnische, nutzen zugleich aber gemeinschaftliche Bereiche wie Wohnküchen, Aufenthaltsräume oder Terrassen. So werden soziale Kontakte und gegenseitige Unterstützung gefördert, ohne auf den eigenen Rückzugsraum verzichten zu müssen. Die derzeitigen Förderkriterien sind jedoch überwiegend auf klassische Wohnungsgrundrisse ausgerichtet und erschweren deshalb die Realisierung von Clusterwohnungen. Diese Hürden wollen wir abbauen und die Wohnraumförderung entsprechend anpassen.

Mitbestimmung von Mietenden bei Landeseigenen Wohnungsbauunternehmen

Die Räte von Mietenden in den Landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) müssen eine stärkere Mitsprache erhalten. Das Ziel sollten daher paritätisch besetzte Räte sein, um dauerhaft ihre Interessen und die der Steuerzahler:innen gegenüber den LWU wahrnehmen zu können.

Mietkaufmodelle entwickeln

Wir schlagen vor mit dem landeseigenen Wohnungsunternehmen Berlinovo und der Investitionsbank Berlin ein Mietkaufmodell zu entwickeln. Haushalte ohne das bei privaten Banken notwendige Eigenkapital von 20-30 % können üblicherweise kein Wohneigentum bilden. Hier kann eine Landesförderung über eine Finanzierungsabsicherung die Lücke schließen. Sofern landeseigene Grundstücke genutzt werden können, fallen auch die Grunderwerbskosten weg. Die Gebäude sollen durch die Berlinovo oder alternativ mit einem Ausstattungsstandard angelehnt an die Wohnraumförderung durch Dritte errichtet werden. Über eine ortsübliche Mietzahlung wird das Kapital an den Staat zurückgezahlt, womit das System sich am Ende selbst tragen kann. Selbstgenutzte Immobilien sind in der Regel besser gepflegt und es gibt eine höhere Wohnzufriedenheit. Selbstgenutzte Immobilien reduzieren zudem das Risiko von Altersarmut.

Genossenschaften

Die Genossenschaften sind eine wichtige Säule des gemeinwohlorientierten Wohnungsmarktes. Der Anteil an genossenschaftlichen Wohnungen von derzeit gut 10 % sollte daher erhöht werden. Dazu braucht es eine bessere Unterstützung für Finanzierungsfragen und Zugang zu landeseigenen Grundstücken. Das 2025 begonnene Dialogformat zwischen SenStadt, Investitionsbanken und genossenschaftlichen Vertreter*innen soll daher fortgesetzt werden. Personen mit niedrigem Einkommen sollen eine bessere Fördermöglichkeit zum Erwerb von Genossenschaftsanteilen erhalten.

Fortschrittliche und unkommerzielle Modelle wie Mietshausyndikate fördern

Alternative, sozial ausgerichtete Wohnformen wie das Mietshäuser Syndikat sind für uns zukunftsweisende Instrumente. Sie eröffnen einen neuen Weg: Wohnraum, der weder dem Staat noch privaten Eigentümern gehört. Durch kluge rechtliche Strukturen werden Immobilien dem Markt dauerhaft entzogen, was niedrige Mieten sichert und Solidarität sowie Selbstverwaltung auf der untersten Ebene stärkt. Weil wir als Partei des Fortschritts selbst zutiefst basisdemokratisch organisiert sind, unterstützen wir diese Selbstbestimmung aus voller Überzeugung.

Wir wollen diesem Ansatz den Weg ebnen und fordern eine gezielte Unterstützung durch günstige Kredite, eine bevorzugte Vergabe von öffentlichem Bauland, Mietkaufmodelle, verlässliche rechtliche Sicherheiten und aktive Aufklärung.

Altersgerechtes Wohnen und Teilhabe im Alter

Die demografische Entwicklung in Berlin erfordert eine vorausschauende und ganzheitliche Senioren:innenpolitik. Die alternde Bevölkerung bringt wachsende Herausforderungen mit sich, die nicht nur die finanzielle Absicherung im Alter betreffen, sondern auch Themen wie altersgerechtes Wohnen, soziale Teilhabe und digitale Inklusion umfassen. Eine umfassende Strategie, die diese Handlungsfelder miteinander verknüpft, ist entscheidend, um die Lebensqualität im Alter nachhaltig zu verbessern.

Gestaltung einer altersgerechten Gesellschaft

Die demografische Entwicklung stellt Berlin vor neue Herausforderungen. Die Zahl älterer Menschen wächst kontinuierlich, was die Nachfrage nach altersgerechten Leistungen und Angeboten in nahezu allen Lebensbereichen erheblich erhöht. Um diesen Veränderungen gerecht zu werden, ist eine Senior:innenpolitik erforderlich, die die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung aktiv aufgreift und Lösungen bietet. Deshalb fordern wir einen stärkeren Ausbau barrierefreier und altersgerechter Wohnungen. Neben baulichen Voraussetzungen braucht es auch soziale Unterstützungen. Dazu gehört die Förderung von Mehrgenerationen-Wohnprojekten. Diese bieten eine innovative Antwort auf die Herausforderungen der sozialen Isolation im Alter. Sie fördern den Austausch und die gegenseitige Unterstützung zwischen Senior:innen

und jüngeren Generationen. Steuerliche Anreize für Bauträger und Investoren sollen den Bau solcher Projekte attraktiver machen.

Um älteren Menschen ein Verbleiben in ihrer vertrauten Umgebung zu ermöglichen, müssen Umbaumaßnahmen wie der Einbau von Treppenliften, barrierefreien Duschen oder Haltegriffen weiter durch die IBB unterstützt werden.

Expo 2035 für Transformation nutzen

Wir unterstützen die Bewerbung für die Weltausstellung Expo 2035 in Berlin, um im Bereich der baulichen Entwicklung experimentell neue Wege für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung zu erproben. Berlin kann sich damit als weltoffene Metropole mit neuen Lösungen zeigen und dies als Entwicklungsantreiber nutzen.

Jahresübergreifende Städtebauförderung

Die Städtebauförderung trägt seit über 50 Jahren zur gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung bei und sorgt bei Privaten erwiesenermaßen für weitere Investitionsanreize. Als großes Hemmnis bei den planenden und bauenden Ämtern stellt sich jedoch immer mehr die Jährlichkeit von Haushaltsmitteln dar.

Komplexe Sanierungs- und Bauvorhaben im Bestand, Kapazitätsengpässe in den Verwaltungen sowie Fachkräftemangel in der Bauwirtschaft führen zunehmend zu Verzögerungen bei der Umsetzung von Projekten. Dadurch können bereitgestellte Fördermittel häufig nicht vollständig innerhalb eines Haushaltsjahres abgerufen werden und verfallen zum Jahresende. Dies erschwert den kontinuierlichen Ausbau sozialer Infrastruktur und verzögert notwendige Folgeprojekte. Deshalb setzen wir uns dafür ein, das Jährlichkeitsprinzip bei der Städtebauförderung – entsprechend der Forderung des Deutschen Städtetags – im Rahmen der Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarungen flexibler zu gestalten. Möglich sind beispielsweise die Übertragbarkeit nicht verbrauchter Mittel, kommunale Selbstbewirtschaftung oder der Einsatz von Sondervermögen.

Modulares Zwischenwohnen in Büroflächen

Der akute Wohnungsmangel in Berlin erfordert pragmatische Übergangslösungen. Gleichzeitig stehen viele Büroflächen infolge veränderter Arbeitsmodelle dauerhaft leer.

Wir setzen uns dafür ein, leerstehende Büroflächen zeitlich befristet für modulares Zwischenwohnen zu nutzen – etwa für Studierende, Auszubildende und Berufseinsteiger. Temporäre Wohnmodule mit gemeinschaftlich genutzten Sanitär- und Küchenbereichen können schnell zusätzlichen Wohnraum schaffen, ohne langfristige Flächenkonflikte zu verursachen.

Auch landeseigene Immobilien sollen hierfür vorübergehend und unbürokratisch bereitgestellt werden. Ziel ist eine flexible Entlastung des Wohnungsmarktes, bis dauerhafte Lösungen greifen.

Housing First

Wir unterstützen die Idee Housing First in das Regelsystem der Wohnungsnothilfe zu verankern. Somit können obdachlose Menschen zuerst eine Wohnung bekommen und anschließend über ein Betreuungsangebot ihren Alltag wieder in den Griff bekommen. Die Finanzierung für das Konzept ist auszuweiten, um Obdachlosen bessere Chancen zu bieten, den Drehtüreffekt von Notunterkünften, Krankenhäusern und wieder zurück auf die Straße zu durchbrechen.

Mietpreisbremse für Kleingewerbe, soziale und kulturelle Einrichtungen

In Berlin fehlen bislang gesetzliche Begrenzungen für Gewerbemieten, obwohl sich diese in den vergangenen Jahren stark und teilweise sprunghaft entwickelt haben. Besonders in gefragten Lagen sind Mieten für Büro- und Einzelhandelsflächen deutlich gestiegen und erreichen Niveaus, die für kleine und mittelständische Betriebe, soziale Einrichtungen, Kulturangebote und inhabergeführte Unternehmen kaum noch tragbar sind. Während der Wohnungsmarkt reguliert ist, unterliegt der Gewerbemietmarkt weitgehend der Vertragsfreiheit, was zu erheblichen Verdrängungseffekten führt. Betroffen sind insbesondere gewachsene lokale Strukturen wie Handwerksbetriebe, soziale Träger, kleinere Läden, Beratungsstellen und Teile der Club- und Kulturszene.

Diese Entwicklung gefährdet nicht nur wirtschaftliche Vielfalt, sondern auch soziale Infrastruktur und die Funktionsfähigkeit von Stadtteilen insgesamt. Angesichts der Bedeutung Berlins als Gründer- und Innovationsstandort braucht es zudem verlässliche und stabile Rahmenbedingungen für Unternehmen, insbesondere im Hinblick auf Standort- und Mietkostenentwicklung.

Wir setzen uns daher für eine stärkere Regulierung des Gewerbemietmarktes auf Bundesebene ein. Dazu gehören die Einführung gesetzlicher Mietbegrenzungen in angespannten Lagen, die Entwicklung eines transparenten Gewerbemietspiegels sowie die Schaffung einer Gewerbemietpreisbremse. Ergänzend sollen städtebauliche Instrumente weiterentwickelt und der Milieuschutz auf gewerbliche und soziale Nutzungen ausgeweitet werden, um gewachsene Strukturen im Stadtraum langfristig zu sichern.

Wohnungstauschrecht

Wir fordern ein Recht auf Wohnungstausch in Berlin. Aufgrund der großen Unterschiede zwischen Bestands- und Neuvertragsmieten verzichten viele Mieterinnen und Mieter auf einen Umzug, selbst wenn ihre Wohnung nicht mehr zu ihrer Lebenssituation passt. Wer nach dem Auszug der Kinder eine kleinere Wohnung sucht oder als Familie mehr Wohnraum benötigt, findet häufig kein bezahlbares Angebot. Dadurch entsteht ein sogenannter Lock-in-Effekt: Haushalte verbleiben in Wohnungen, die ihren Bedürfnissen nicht mehr entsprechen. Das verringert das Angebot an passenden Bestandswohnungen, erschwert insbesondere Familien die

Wohnungssuche und trägt zu weiter steigenden Neuvertragsmieten bei. Deshalb fordern wir ein Recht auf Wohnungstausch unter Beibehaltung der bisherigen Nettokaltmiete je Quadratmeter. Die bereits bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bestehende Regelung sollte perspektivisch modifiziert und auf ganz Deutschland durch eine Anpassung des Bürgerlichen Gesetzbuches auf Bundesebene ausgeweitet werden. Es braucht eine klare Regelung im BGB, die die Rechte von Mietenden und Vermietenden beschreibt. Insbesondere die möglichen Ablehnungsgründe von Vermietenden müssen genauer als bisher definiert werden.

Illegale Ferienwohnungen unterbinden

Zwischen 2018 und 2024 wurden in Berlin insgesamt 4.319 Ferienwohnungen genehmigt. Zwischen 2016 und 2024 sind 24.365 Hinweise von Bürger:innen auf eine zweckfremde Nutzung von Wohnraum als Ferienwohnung in den Bezirksämtern eingegangen. Schätzungen nicht legaler registrierter Ferienwohnungen gehen noch darüber hinaus. Der für die Berliner:innen wichtige Wohnraum muss zurückgewonnen werden, indem gegen die illegalen Ferienwohnungen konsequent vorgegangen wird. Perspektivisch ist ein generelles Verbot von Ferienwohnungen umzusetzen, wie in Barcelona bis 2029 vorgesehen, da dies schneller geht, als der Neubau.

Sollten sich die angespannte Wohnmarktsituation perspektivisch lichten, so kann das Gesetz wieder zurückgenommen werden.

Möbliertes Wohnen auf Zeit

Der Anteil befristet vermieteter, möblierter Wohnungen ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Häufig liegen die Mieten zwei- bis dreimal über denen vergleichbarer unmöblierter Wohnungen, wodurch die Mietpreisbremse umgangen wird. Dadurch verschwinden reguläre Mietwohnungen zunehmend vom Berliner Wohnungsmarkt. Tatsächlich werden diese Wohnungen überwiegend nicht von Geschäftsreisenden genutzt, sondern von Menschen, die dauerhaft in Berlin leben möchten und aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes keine andere bezahlbare Wohnung finden. Deshalb unterstützen wir die im April 2026 eingeführte Genehmigungspflicht für befristetes, möbliertes Wohnen in den 82 sozialen Erhaltungsgebieten (Milieuschutzgebieten). Darüber hinaus begrüßen wir die Ende April 2026 vom Bundeskabinett beschlossene Mietrechtsreform. Danach sollen befristete Mietverträge grundsätzlich auf sechs bis maximal acht Monate begrenzt und Möblierungszuschläge anhand des tatsächlichen Zeitwerts der Einrichtung berechnet werden. Der Berliner Mietspiegel bietet hierfür bereits eine geeignete Grundlage.

02

Bildung

„Beste Chancen – von Anfang an.“

Frühkindliche Bildung ist der erste und entscheidende Baustein für Chancengleichheit. In Berlin besteht zwar ein Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, in der Praxis gibt es jedoch weiterhin Versorgungsengpässe, ungleiche Zugänge und große Qualitätsunterschiede zwischen Bezirken und Einrichtungen.

Besonders Kinder aus armutsgefährdeten Familien, mit Migrationsgeschichte oder nicht-deutscher Familiensprache sind beim Zugang zur Kindertagesbetreuung unterrepräsentiert – obwohl sie nachweislich besonders stark von frühkindlicher Bildung profitieren würden. Gleichzeitig bestehen in vielen Kitas strukturelle Probleme: unzureichende Personalschlüssel, steigende Belastung des Fachpersonals und eine hohe Heterogenität in der pädagogischen Qualität.

Frühkindliche Erziehung - Die Bildungskette muss von Anfang an funktionieren

Ziel der genannten Maßnahmen ist es, eine frühkindliche Bildung in Berlin zu schaffen, die nicht nur auf dem Papier besteht, sondern im Alltag zuverlässig funktioniert. Jedes Kind soll unabhängig von seiner Herkunft oder der finanziellen Situation seiner Familie Zugang zu einem qualitativ hochwertigen Betreuungsangebot erhalten. Auch bei sinkenden Geburtenzahlen darf es keine Kürzungen im System geben, um Fachkräfte zu halten und Qualitätsverluste zu vermeiden. Stattdessen sollen die Personal- und Betreuungsschlüssel spürbar verbessert werden, insbesondere dort, wo sich soziale Belastungen häufen. Kitas in herausfordernden Sozialräumen sollen gezielt mehr und differenzierter qualifiziertes Personal erhalten, um Benachteiligungen früh wirksam auszugleichen. Die Qualität der frühkindlichen Bildung hängt dabei nicht nur von der Finanzierung und der Personalausstattung ab, sondern auch von der Qualifikation der Fachkräfte, die gesichert und weiterentwickelt werden muss. Familien ohne Kitaplatz sollen aktiv und intensiv bei der Platzsuche unterstützt werden. Zudem sollen Informationen über Kita-Angebote stärker mehrsprachig und zielgruppengerecht vermittelt werden, um insbesondere Familien mit Migrationsgeschichte besser zu erreichen. Zur besseren Integration und Teilhabe soll auch das Fachpersonal stärker diversifiziert werden, etwa durch gezieltes Anwerben von Mitarbeitenden mit

Migrationshintergrund, die als Brückenpersonen zwischen Familien und Einrichtungen wirken. Gleichzeitig sollen Öffnungszeiten stärker an den realen Lebens- und Arbeitsbedingungen von Eltern ausgerichtet werden. Langfristig wird angestrebt, eine verbindliche Kitapflicht ab dem dritten Lebensjahr einzuführen, wobei die notwendigen strukturellen Voraussetzungen dafür in den kommenden Jahren geschaffen werden müssen.

Staatliche Fort- & Weiterbildung

Trotz hoher Arbeitslosigkeit besteht zugleich ein erheblicher Fachkräftemangel – das bestehende Weiterbildungssystem ist zu theoretisch und nicht ausreichend an den Bedarf der Wirtschaft angepasst. Wir setzen uns daher für eine praxisnahe Neuausrichtung ein: Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Bildungsträgern, reale Projektarbeit, modulare und transparente Qualifikationen sowie verbindliche Unternehmenspartnerschaften mit garantierten Praxisanteilen. Der Zugang zu geförderter Weiterbildung soll für alle geöffnet werden – unabhängig vom Erwerbsstatus. Gleichzeitig müssen finanzielle Anreize neu ausgerichtet werden: Praxisbetriebe sind stärker zu fördern, und erfolgreiche Integration in Beschäftigung muss im Mittelpunkt stehen.

Jedes Kind soll in Berlin unabhängig von Herkunft und sozialer Lage eine echte Chance auf frühkindliche Bildung erhalten. Die Bildungskette muss daher konsequent von Anfang an funktionieren und der Zugang zur Kita als zentrale Bildungsinstitution gesichert sein. Dafür wird eine vollständige Kostenfreiheit insbesondere für Familien in belasteten sozialen und wirtschaftlichen Lebenslagen gefordert.

Brennpunkt Schulen stützen

Brennpunktschulen in Berlin sollen gezielt und deutlich stärker unterstützt werden, um gleiche Bildungschancen für alle Kinder unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund zu gewährleisten. Schulen mit erhöhtem Förderbedarf benötigen dabei besondere Aufmerksamkeit, da sie überdurchschnittlich häufig mit Herausforderungen wie Sprachbarrieren, sozialer Benachteiligung und knappen Ressourcen konfrontiert sind.

Ergänzend wird die Entwicklung neuer Strukturen zur besseren Integration und Förderung von Schülerinnen und Schülern vorgeschlagen, die insbesondere auf Kooperation, Unterstützung und moderne pädagogische Ansätze setzen. Insgesamt steht der Anspruch im Vordergrund, Brennpunktschulen nicht zu verwalten, sondern gezielt zu stärken und zu Schulen mit echter Zukunftsperspektive weiterzuentwickeln.

Ziel ist eine strukturelle Stärkung dieser Schulen durch zusätzliche personelle, finanzielle und pädagogische Ressourcen sowie durch passgenaue Förderkonzepte. Dabei geht es nicht nur um einzelne Maßnahmen, sondern um eine langfristige strategische Verbesserung der Bildungsqualität in besonders belasteten Stadtteilen.

Schulen sollen in die Lage versetzt werden, individuelle Förderung stärker umzusetzen und soziale Ungleichheiten im Bildungssystem aktiv auszugleichen.

03

Mobilität

„Sicher, bezahlbar und klimafreundlich unterwegs.“

Geschützte Rad- und Fußwege für Berlin

Für eine sichere, lebenswerte und klimafreundliche Stadt braucht Berlin flächendeckend geschützte Rad- und Fußwege. Der Vorrang muss klar bei den schwächeren Verkehrsteilnehmenden liegen – insbesondere auf Schul- und Kitastrecken, rund um Bahnhöfe und in belebten Kiezen.

Diese Maßnahmen schaffen mehr Platz, Sicherheit und Bewegungsfreiheit – für alle, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind.

Ausbau von Fahrradstellplätzen

Eine moderne Fahrradstadt braucht ein engmaschiges Netz an sicheren und gut erreichbaren Abstellmöglichkeiten.

So entsteht eine Fahrrad-Infrastruktur, die praktischen Nutzen, Komfort und Sicherheit verbindet.

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

Der öffentliche Raum muss für alle nutzbar sein. Dies bedeutet konsequente Umsetzung von abgesenkten Borden an jeder Kreuzung oder Querungsstelle. Dazu soll ein Kataster aufgebaut werden, wo Bedarfe öffentlich gesammelt und abgearbeitet werden können. Bodenleitsysteme sind bei Neu- und Umbaumaßnahmen einzubauen, wo es noch keine Wegeführung gibt. Alle Ampeln müssen gut hörbar und fühlbar und mit schnellem Bedarfsgrün ausgestattet sein. Noch nicht barrierefreie Bushaltestellen sind prioritär umzubauen. Es sollen Aufzüge an allen Bahnhöfen vorhanden sein.

Berlin365 – kostenloser ÖPNV durch ein neues, faires Mobilitätsmodell

Berlin braucht ein Mobilitätssystem, das soziale Teilhabe stärkt, den Verkehr spürbar entlastet und den öffentlichen Verkehrsraum gerechter organisiert. Mit Berlin365 verfolgt der Landesverband Berlin einen integrierten Ansatz, der den ÖPNV ausbaut,

Nutzungskonflikte reduziert und Mobilität als zentrale Aufgabe der Stadt weiterentwickelt.

Der öffentliche Nahverkehr soll für die Berliner Bevölkerung kostenlos nutzbar sein. Damit wird die Sicherstellung von Mobilität als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge nachhaltig gestärkt und eine echte, alltagstaugliche Alternative zum Auto geschaffen – nicht aus ideologischen Gründen, sondern aus praktischer Vernunft.

Bereits zu Beginn sollen Menschen mit besonderer familiärer und pflegerischer Verantwortung gezielt entlastet werden. Diese Unterstützung ist Ausdruck gesellschaftlicher Wertschätzung und Teil eines sozialen Ausgleichs innerhalb des Mobilitätssystems und ihnen ermöglichen, das ÖPNV-Angebot in Berlin kostenfrei zu nutzen.

Ein zentrales Element von Berlin365 ist die Neuordnung der Parkraumbewirtschaftung. Die heute kleinteiligen und uneinheitlichen Parkzonen werden durch ein berlinweit einheitliches Modell ersetzt. Vorgesehen ist eine Parkraumgebührenordnung für Kraftfahrzeuge, die sich an der Fahrzeuggröße orientiert und bei einem Jahresbetrag von 365 € beginnt - das entspricht nur einem Euro pro Tag. Größere Fahrzeuge leisten entsprechend höhere Beiträge. Wer öffentliche Flächen dauerhaft zum Abstellen von Fahrzeugen nutzt, beteiligt sich damit fair an den Kosten. Nicht betroffen sind Fahrten ohne Nutzung des öffentlichen Parkraums, etwa bei privaten Stellplätzen, Parkhäusern oder privaten Grundstücken. Niemand wird am Autofahren gehindert – es geht um einen gerechteren Ausgleich bei der Nutzung knapper öffentlicher Flächen.

Berlin365 ersetzt die bisherige Parkraumbewirtschaftung, vereinfacht Regeln und reduziert Bürokratie. Gleichzeitig schafft sie Anreize für eine bessere Nutzung des vorhandenen Parkraums: Langzeitparken im öffentlichen Raum wird als Sondernutzung begriffen, um mehr Rotation zu ermöglichen und die Parkplatzsuche zu erleichtern – ein konkreter Vorteil auch für Autofahrer.

Dieses Modell entlastet insbesondere die Innenstadt. Pendler aus dem Berliner Umland erhalten klare Anreize, Fahrzeuge an den Stadträndern abzustellen und den kostenlosen ÖPNV für den weiteren Weg zu nutzen. Weniger Durchgangsverkehr verbessert die Erreichbarkeit, verkürzt Fahrzeiten für Busse und Bahnen und erhöht die Aufenthaltsqualität in den Quartieren.

Berlin365 steht für eine pragmatische Verkehrspolitik: Der ÖPNV wird gezielt ausgebaut, das Auto nicht verboten, sondern sinnvoll eingebettet. Eine faire und moderne Parkraumbewirtschaftung greift dabei ineinander – als ausgewogenes Gesamtkonzept für eine Stadt, die besser funktioniert.

Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung werden gezielt in den Ausbau und die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs investiert. Unser Ziel ist ein deutlich günstigerer, langfristig perspektivisch fahrscheinloser ÖPNV für alle Berlinerinnen und Berliner. Der Autoverkehr verursacht in Berlin jährlich Kosten in Milliardenhöhe für Infrastruktur, Flächen, Umwelt und Gesundheit. Diese Schieflage korrigieren wir.

Unser Ziel ist, die laufenden Kosten, entstehend durch den Autoverkehr zu senken. Berlin gibt allein für den Erhalt des Straßennetzes pro Jahr ca. 1 Mrd. Euro aus. Diese gilt es gezielt durch Anreize zu minimieren.

Rekommunalisierung der S-Bahn Berlin

Wie bei anderen grundlegenden Bereichen der Daseinsvorsorge – Energie, Wasser, Wohnen – zeigt sich auch hier: Privatisierung für die Stadtgesellschaft. Wir fordern daher vollständige Rekommunalisierung der S-Bahn Berlin in Anlehnung an die Initiative „Bahn für Alle“ und ver.di.

Der Rückkauf kann über Landesanleihen finanziert werden. Solche Investitionen erhöhen nicht die Nettoneuverschuldung, da den Ausgaben reale Vermögenswerte gegenüberstehen. Mit Fachleuten aus der Verkehrspolitik soll dazu in der nächsten Legislatur ein konkretes entwickelt werden, damit Berlin nach Ablauf bestehender Ausschreibungen handlungsfähig wird. Eine verlässliche, sozial gerechte und klimafreundliche Mobilität für alle Berlinerinnen und Berliner.

Sichere und effiziente Bahnhöfe

Die PdF setzt sich dafür ein, Berliner U-Bahnhöfe schrittweise mit Türsystemen an den Bahnsteigen auszustatten. Diese bauliche Trennung zwischen Gleis und Bahnsteig erhöht die Sicherheit erheblich – insbesondere für Kinder, ältere Menschen und Personen mit eingeschränkter Mobilität. Zugleich verbessert sie die Pünktlichkeit im Bahnverkehr: Geregelter Fahrgaststrom ermöglichen schnellere Abfertigungszeiten und reduzieren Verspätungen. So wird der Berliner Nahverkehr nicht nur sicherer, sondern auch effizienter und attraktiver für alle Fahrgäste.

Autonomer S- und U-Bahn-Betrieb

Berlin soll Vorreiter bei der Einführung eines autonomen Schienenverkehrs werden. Autonom gesteuerte S- und U-Bahnen erhöhen die Sicherheit, reduzieren menschliche Fehler und ermöglichen dichten, taktgenauen Verkehr. Durch präzise Steuerung und Echtzeit-Anpassung an die Nachfrage lässt sich die Leistungsfähigkeit des Netzes deutlich steigern. Gleichzeitig können Ressourcen effizienter eingesetzt und Betriebskosten langfristig gesenkt werden. Die Umsetzung soll bei den U-Bahnen auf Landesebene beginnen und dann nach Möglichkeit auf die S-Bahn ausgeweitet werden. Unser Ziel ist ein moderner, zuverlässiger und zukunftsorientierter Bahnverkehr – für ein Berlin, das intelligent und nachhaltig mobil ist.

Busverkehr beschleunigen – Vorrang für den Nahverkehr

Ein zukunftsfähiger Nahverkehr braucht schnelle und verlässliche Busverbindungen. Die neue Straßenverkehrsordnung ermöglicht zusätzliche Busspuren – diese Chance wollen wir gezielt nutzen, um Fahrzeiten zu verkürzen, Pünktlichkeit zu erhöhen und die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs zu steigern. Die Taktung im Berufsverkehr wird damit verlässlicher.

Barrierefreie Mobilität: „Muva“ erhalten und ausbauen

Die Ziele des Berliner Mobilitätsgesetzes – insbesondere in Bezug auf Barrierefreiheit und Teilhabe mobilitätseingeschränkter Menschen – lassen sich ohne den Fortbestand des BVG on Demand Konzepts „Muva“ nicht erreichen. Die geplanten Inklusionstaxis sind keine gleichwertige Alternative: Sie rechnen nach Taxi-Tarifen ab, sind unzureichend barrierefrei, in zu geringer Zahl verfügbar und nicht in den ÖPNV integriert. „Muva“ muss daher langfristig erhalten und weiterentwickelt werden. Eine Ausdehnung auf den Tarifbereich C muss dabei in der nächsten Legislatur erfolgen.

Mobilitätsstationen ausbauen – Sharing in alle Bezirke bringen

Um den Individualverkehr zu reduzieren und nachhaltige Mobilität zu fördern, sollen im öffentlichen Straßenraum alle 400–500 Meter Sharing-Stellplätze inklusive Lademöglichkeiten entstehen – bevorzugt in Nähe zu Haltestellen. Carsharing-Anbieter werden durch gezielte Anreize wie Parkgebührenbefreiung gefördert, wenn sie mindestens 20 % des Angebots außerhalb des Rings haben. Betreiber von Sharing-Fahrzeugen werden verpflichtet, ordnungsgemäßes Abstellen sicherzustellen. Mischkonzepte mit klar markierten Abstellflächen, GPS-gestützter App-Navigation und Fotobeleg-Pflicht sollen verhindern, dass Roller und Fahrräder wild abgestellt werden. Dazu passen wir den Bußgeldkatalog entsprechend an.

Jelbi-Stationen

Die Jelbi-Stationen der BVG vernetzen den ÖPNV mit sämtlichen Sharing-Angeboten – Car Sharing, Bike Sharing, E-Mopeds, E-Scooter und Taxis – über ein einziges System und die VBB-Tarifzonen A, B und C hinweg. Diese multimodale Infrastruktur ist ein Kernbestandteil moderner urbaner Mobilität und soll konsequent ausgebaut werden. Für den Ausbau sind – wie bereits im Haushalt 2022/23 – rund 9 Millionen € im Landeshaushalt bereitzustellen, auch für zusätzliche Angebote im Zweiradbereich. Wir fordern eine Jelbi Station an jedem S-/U-Bahnhof.

Tangentialverbindung Ost stoppen

Die Tangentialverbindung Ost steht für ein überdimensioniertes Straßenbauprojekt mit hohen Kosten und erheblichen Eingriffen in Natur und Klima. Während ursprünglich für Berlin Kosten von 37 Millionen Euro vorgesehen waren, wird inzwischen mit mindestens 325 Millionen Euro gerechnet. Gleichzeitig würden rund 22 Hektar Wald gerodet. Wir lehnen dieses Projekt ab und setzen stattdessen auf den Ausbau von Schienenverkehr, Busverkehr und Radwegen.

ÖPNV dort ausbauen, wo er den größten Nutzen bringt

Wir stehen hinter dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Projekte müssen jedoch wirtschaftlich sinnvoll sein. Die geplante 800 Meter lange Verlängerung der U3 zum Mexikoplatz soll rund 103 Millionen Euro kosten und täglich etwa 12.000 Fahrgästen zugutekommen. Wir setzen stattdessen auf Investitionen, mit denen deutlich mehr Menschen vom Ausbau des ÖPNV profitieren.

U-Bahn-Verlängerung zum BER stoppen

Die geplante Verlängerung der U-Bahnlinie mit sieben neuen Bahnhöfen für rund 890 Millionen Euro ist weder wirtschaftlich noch verkehrspolitisch sinnvoll. Flughafengäste erreichen den BER bereits heute schnell, komfortabel und klimafreundlich – über die bestehende S-Bahn und Regionalzüge. Eine zusätzliche U-Bahn-Strecke würde kaum neue Vorteile bringen, aber enorme Kosten verursachen. Wir unterstützen deshalb die ablehnende Haltung des Berliner Fahrgastverbands, des BUND und des Verkehrsclubs Deutschland. Statt Milliarden in überflüssige Infrastruktur zu investieren, sollte Berlin bessere Taktzeiten, barrierefreie Haltestellen und eine Stärkung des bestehenden Nahverkehrs finanzieren.

A 100-Ausbau stoppen

Der Weiterbau der A100 soll nicht mehr weiterverfolgt werden. Neue Straßen sorgen nur für mehr Verkehr. Das Bauprojekt zerstört einen Teil der Berliner Clublandschaft und verschlingt irrsinnig viel Geld, welches Berlin für seinen Eigenanteil besser einsetzen kann.

Ampeln abschalten

In Berlin sollten perspektivisch die meisten Ampeln auf eine Bedarfsaktivierung für zu Fuß Gehende und den Radverkehr umgeschaltet werden, insbesondere in der Zeit zwischen 20 und 6 Uhr. Aber auch tagsüber kann an vielen Stellen eine Abschaltung durchgeführt werden, ohne dass es zu Beeinträchtigung für schwächere Verkehrsteilnehmende kommt. Wozu warten, wenn niemand kommt? Durch Vorfahrtsregeln und Bedarfsfunktion kann im größten Teil des Netzes eine Abschaltung von normalen Ampelphasen erfolgen. Es ist dabei ein schrittweises Vorgehen geplant, um dies bekannt zu machen und Erfahrungen zu sammeln. Die Abschaltung spart Energie und verbessert den Verkehrsfluss.

Tempo 30 für mehr Sicherheit und Lebensqualität

Immer mehr Städte in Deutschland und Europa zeigen: Tempo 30 ist der Schlüssel zu mehr Sicherheit, weniger Lärm und sauberer Luft. Die PdF setzt sich daher dafür ein, dass Tempo 30 bis auf wenige große Hauptachsen flächendeckend zum Standard wird – nicht nur direkt vor Schulen. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29.01.26 hat bestätigt, dass das Klimaschutzprogramm der bisherigen Regierungen ungenügend ist. Tempo 30 ist zur Erreichung der Klimaschutzziele bis 2030 eine sofort wirksame Maßnahme und muss daher flächendeckend in der Stadt gelten. Gleichzeitig bleibt die Leistungsfähigkeit der Straßen weitgehend erhalten, da vor allem Kreuzungen, Engstellen und Ampeln den Verkehrsfluss beeinflussen. Auch das Ziel von möglichst Null Verkehrstoten kann durch eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf Tempo 30 Realität werden. Jeder tote Verkehrsteilnehmende ist einer zu viel!

Parken auf Grünflächen verhindern

Das Parken auf Grünflächen und im Straßenbegleitgrün, insbesondere in den Berliner Außenbezirken, soll konsequent untersagt werden. Abgestellte Fahrzeuge verdichten den Boden, verhindern die Versickerung von Regenwasser und tragen so zur Versiegelung bei. Unsere Grünflächen sind jedoch entscheidend, um Niederschläge vor Ort aufzunehmen und das Stadtklima zu regulieren. Die PdF will diese wertvollen Flächen erhalten und fordert eine konsequente Kontrolle und Ahndung sowie klare Regelungen zum Schutz des Straßenbegleitgrüns.

04

Gesundheit und Familie

„Vorsorgen statt Nachsorgen.“

Gesundheitspolitik muss als Querschnittsaufgabe verstanden werden. So sind gute Lebensbedingungen, soziale Integration und ausgewogene Ernährung Voraussetzungen für physische und mentale Gesundheit.

Vorsorge: Früh erkennen, gezielt handeln

Früherkennung rettet Leben – und sichert gesunde Entwicklung von Anfang an. Es beginnt mit dem uneingeschränkten und kostenlosen Zugang zur frühkindlichen Diagnostik für werdende Mütter. Hier darf es seitens der Krankenkassen keinerlei Einschränkungen geben.

Wir wollen zudem die Vorsorgeuntersuchungen für Kinder und Jugendliche in Berlin stärken und verbindlicher gestalten. Die Reihenuntersuchungen U1 bis J2 sowie die zahnärztlichen Untersuchungen Z1 – Z6 leisten einen entscheidenden Beitrag zur Senkung der Kindersterblichkeit, zur Früherkennung von Entwicklungsstörungen und zur Prävention chronischer Erkrankungen.

Damit kein Kind durchs Raster fällt, fordern wir eine gesetzlich geregelte Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen im Sinne des Kindeswohls. Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) soll die Einhaltung dieser Vorsorgepflicht begleiten und überwachen.

Um die Teilnahme auch sozial gerecht umzusetzen, soll der Bezug des Landeserziehungsgeldes künftig an den Nachweis der Vorsorgeuntersuchungen gekoppelt werden – wie es in Bayern bereits erfolgreich praktiziert wird.

Vorsorge hört aber nicht in der Arztpraxis auf. Wir wollen mit einem fortschrittlichen Präventionsansatz unter dem Leitmotiv „Lebenswelten für Kinder und Jugendliche“ Gesundheit, Bildung und Stadtentwicklung stärker miteinander verbinden. Kinder sollen in einer Umgebung aufwachsen, die Bewegung, Teilhabe und seelisches Wohlbefinden fördert.

Ein zentraler Baustein dafür sind die 49 Berliner Familienzentren. Sie bieten Begegnung, Bildung und Beratung für Eltern & Kinder – doch viele stoßen an

finanzielle und personelle Grenzen. Wir wollen diese Zentren strukturell stärken: mit einer gesicherten Grundfinanzierung, verbindlichen Qualitätsstandards und ausreichend Personal. Jede Einrichtung soll mindestens 1,5 Vollzeitstellen erhalten.

Ziel ist eine Förderung, die sich am erfolgreichen Modellprojekt „Familienzentren an Grundschulen“ mit 125.000 Euro jährlich orientiert. So können Familienzentren gemeinsam mit Kitas und Schulen ihre Infrastruktur ausbauen und Kindern die bestmögliche Entwicklungsumgebung bieten.

Stärkung der Gesundheitspädagogik, Bewegung und gesunde Ernährung auch schon in der Kita

Wir unterstützen laufende Programme der Landesregierung wie „Kitas bewegen – für die gute gesunde Kita“ sowie Ansätze zur zahnmedizinischen Gruppenprophylaxe. Diese werden in Kooperation mit den gesetzlichen Krankenkassen und des Landessportbundes auf freiwilliger Basis in einigen Einrichtungen durchgeführt. Wir unterstreichen jedoch unsere Forderung, dass es hier eine Verpflichtung zur Durchführung für alle Kita-Träger geben sollte.

Auch Kitasozialarbeit hat sich in Berlin bewährt und aktuell laufende Modellprojekte sollten daher ausgebaut und in die Regelfinanzierung übergeben werden.

Kinder und Gesundheit: Stark beginnen – gesund aufwachsen

Kinder und Jugendliche stehen heute unter enormem Druck – körperlich wie seelisch. Bewegungsmangel, Übergewicht und psychische Belastungen wie Depressionen, Essstörungen, Ängste und Zwänge nehmen zu. Gleichzeitig beobachten wir eine problematische Mediennutzung und einen Anstieg von Kindeswohlgefährdungen.

Viele Eltern sind am Limit. Sie tragen die Last von Beruf, Kindererziehung, schulischer Begleitung und familiären Herausforderungen. Stress, Konflikte und finanzielle Sorgen wirken sich unmittelbar auf das Wohlbefinden der Kinder aus – eine Situation, die sich während der Pandemie verschärft hat und bis heute anhält.

Unsere Antwort darauf ist ein starkes Netz für Familien. Wir wollen Familienzentren ausbauen, Kitasozialarbeit stärken und den Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten vereinfachen. Jugendhilfe, Bildungseinrichtungen und Gesundheitsdienste müssen ausreichend finanziert, digital modernisiert und besser miteinander vernetzt werden.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Wir fordern mehr Therapieplätze, kürzere Wartezeiten und die Aufnahme evidenzbasierter Präventionsprogramme in Kitas und Schulen. Jede und jeder junge Mensch soll rechtzeitig Hilfe erhalten – unabhängig vom Einkommen oder Wohnort.

Ziel unserer Politik ist es, Gesundheit gerecht zu gestalten. Wir setzen auf Prävention statt Reparatur, auf Unterstützung statt Überforderung. So schaffen wir die

Grundlage dafür, dass alle Kinder in Berlin gesund, selbstbewusst und mit gleichen Chancen ins Leben starten können.

Familien stark machen

Wir möchten familienorientierte Sport- und Bewegungsangebote deutlich ausbauen: Eltern-Kind-Kurse, altersgerechte Freizeitaktivitäten und gemeinschaftliche Familienangebote sollen Berliner Familien dabei unterstützen, aktiv zu bleiben und gemeinsam Zeit zu verbringen.

Beim Übergang von Kita zur Schule oder in die weiterführende Schule brauchen Familien mehr Begleitung. Wir setzen uns für flächendeckende Elternangebote, transparente Bildungskonferenzen und regelmäßige Befragungen in Übergangsphasen ein, um Bedürfnisse frühzeitig zu erkennen und gezielt zu reagieren. Erfolgreiche Projekte wie „Schatzsuche“, die Elternkurse der Volkshochschulen oder die Elternbriefe sollen verstetigt und in Kitas & Schulen integriert werden.

Gleiche Chancen für alle Familien

Kein Kind darf benachteiligt werden, weil die Familie von Armut betroffen ist. Informationen und Unterstützungsangebote müssen verständlich, zugänglich und frei von Stigmatisierung sein. Mitarbeitende in Familienzentren, Beratungsstellen, Kitas und Schulen sollen gezielt geschult werden, um sensibel und empathisch mit belasteten Familien umzugehen – getragen von einem gemeinsamen Leitbild, das Würde, Respekt und Teilhabe fördert.

Orientierung und Entlastung für Familien mit besonderen Bedürfnissen

Alleinerziehende und Familien mit besonderen Belastungen brauchen flexible Lösungen – z.B. Kinderbetreuung während Kurszeiten oder Beratungen zu familienfreundlichen Stunden. Für Familien mit psychisch kranken Eltern setzen wir auf engere Kooperation von Jugendhilfe, Sozialhilfe, Psychiatrie und Krankenkassen. Bezirksübergreifende Arbeitskreise und gemeinsame Standards sollen helfen, konkrete Handlungsempfehlungen umzusetzen und Hilfen schneller zu vermitteln. Dabei gilt: Wer offen über Sucht oder psychische Erkrankung spricht, verdient Unterstützung, keine Ausgrenzung.

Familien mit behinderten oder chronisch erkrankten Kindern brauchen schnelle Orientierung und verlässliche Strukturen. Wir fordern eine zentrale Informationsplattform, die bestehende Hilfs- und Beratungsangebote bündelt – digital und in gedruckter Form. Anbieter und Fachkräfte sollen stärker vernetzt werden, um Doppelstrukturen zu vermeiden und Familien umfassend zu unterstützen.

Bildung, Jugendhilfe, Gesundheitspolitik und Stadtentwicklung müssen sich als Partner verstehen, die zusammen an einem Ziel arbeiten: Berlin soll ein Land sein, in

dem jedes Kind gesund und selbstbestimmt groß werden kann – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder familiärer Situation.

Pflegefamilien und Vielfalt der Familien stärken

Pflegefamilien leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Sie schenken Kindern Geborgenheit, Stabilität und eine zweite Chance. Wir wollen, dass ihre wichtige Arbeit die Aufmerksamkeit und Unterstützung erhält, die sie verdient.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Situation von Pflegefamilien stärker in den öffentlichen Fokus rückt. Ihre Bedarfe müssen systematisch erfasst und entsprechende Angebote niedrigschwellig, bedarfsgerecht und qualitätsgesichert ausgebaut werden. Wir fördern die Vernetzung der Berliner Bezirke, um Erfahrungen zu bündeln und gemeinsame Qualitätsstandards in der Arbeit mit Pflegefamilien zu etablieren.

Pflegefamilien brauchen mehr Orte der Begegnung und des Austauschs – etwa in Familien- oder Stadtteilzentren. Pflegeeltern sollen gerade in belastenden Phasen, wie beim Übergang in die Schule oder in der Pubertät der Kinder, gezielte Unterstützung und Entlastung erhalten. Auch Auszeiten vom Pflegealltag müssen möglich sein.

Wir schlagen vor, regelmäßig Befragungen von Pflegefamilien und Pflegekindern durchzuführen, um ihre Lebenssituation und Bedarfe wissenschaftlich zu untersuchen. Besonders die Lebensrealität von Care-Leavern – jungen Menschen nach dem Verlassen des Hilfesystems – verdient mehr politische Aufmerksamkeit. Maßnahmen der Gesundheitsförderung durch Krankenkassen sollen gezielt Pflegefamilien sowie Wohngruppen einbeziehen. Dafür wollen wir Modellprojekte auflegen, um Gesundheitsförderung in diesem Bereich praktisch zu entwickeln.

Familien mit Migrationsgeschichte und geflüchtete Familien

Berlin ist eine vielfältige Stadt – und das muss sich auch in der Familienpolitik widerspiegeln. Familien mit Migrationshintergrund und geflüchtete Familien brauchen niedrigschwellige Zugänge zu Gesundheitsförderung, Beratung und Bildung. Dafür wollen wir den Zugang zu Informationen vereinfachen, mehr Sprachmittlerinnen und Sprachmittler einsetzen und kulturell sensible Beratungsangebote ausbauen.

Dem steigenden Bedarf an Traumatherapie, psychosozialer Begleitung sowie Beratung zu sexuellen und reproduktiven Rechten wollen wir durch gezielte Förderprogramme begegnen. Dafür sollen bestehende Strukturen der Gesundheits- und Sozialdienste gestärkt und neue, leicht erreichbare Angebote geschaffen werden – auch in Unterkünften für Geflüchtete.

Begleitung endet für uns nicht an der Tür einer Unterkunft: Wir setzen uns für ehrenamtliche Patenschaften und Übergangsbegleitung ein, damit Familien

langfristig Unterstützung erfahren, soziale Kontakte knüpfen und in der Nachbarschaft ankommen können.

Einrichtungen mit niedrigschwelligen, bezahlbaren und stärkenden Angeboten – wie Familienzentren, Stadtteilzentren, Familienservicebüros oder spezialisierte Beratungsstellen – bilden das Rückgrat der Berliner Familienpolitik. Sie müssen dauerhaft abgesichert, personell gestärkt und ausreichend finanziert werden. Wir stehen für eine Berliner Familienpolitik, die jede Familie sieht, unterstützt und stärkt – unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder Lebensform. Denn Familien sind Herz und Fundament unserer Stadt.

Gesundheitskompetenz

Insgesamt besteht ein Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Gesundheitskompetenz. Menschen mit einem niedrigeren Bildungsniveau verfügen häufig über eine geringere Gesundheitskompetenz. Daher soll Gesundheitskompetenz langfristig und verbindlich in den Bildungs- und Lehrplänen von Kindertagesstätten, Grund- und weiterführenden Schulen, Hochschulen, Jugendbildungs- und beruflichen Ausbildungseinrichtungen sowie der Erwachsenenbildung verankert werden. Dazu gehört auch eine sachliche und wahrheitsgemäße Aufklärung über gesundheitliche Themen, unter anderem über Impfungen und deren Möglichkeiten zum Schutz vor Krankheiten. Impfungen sollen dabei eine freiwillige und wählbare Option bleiben. Gleichzeitig sollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen durch gezielte Weiterbildungen befähigt werden, die Gesundheitskompetenz der von ihnen betreuten und unterrichteten Menschen zu fördern.

Prekäre und schwierige Situationen für junge Menschen und Erwachsene

In Berlin muss es gelingen, allen Bürgerinnen und Bürgern eine Versorgung im Krankheitsfall zu bieten. Hier unterstützen wir die bestehende Arbeit der Malteser in Bezug auf Menschen ohne Krankenversicherung und fordern den Ausbau, der vom Senat finanzierten Clearingstelle zur Kostenklärung der in Anspruch genommenen Leistungen.

Menschen in prekären Lebenssituationen benötigen zudem mehr Beratung in neuen Formaten. Obdachlose erhalten in Arztpraxen und Kliniken lediglich eine Notversorgung, deren Kosten vom Sozialamt übernommen werden. Der Weg zum Sozialamt wird jedoch selten von ihnen gegangen. Deshalb benötigen sie niedrigschwellige gesundheitliche Versorgungsangebote. Hierbei geht es vor allem um die Versorgung chronischer Krankheiten, um Prävention, um Beratung bei psychischen und suchtbedingten Erkrankungen sowie um Hygiene.

Wir schlagen daher die Einrichtung eines speziellen gesundheitlichen Versorgungszentrums für wohnungslose und obdachlose Menschen in unserer Stadt vor.

Drogen- und Suchtpolitik

Wir fordern eine umfassende und wissenschaftlich basierte Drogen- und Suchtpolitik für Berlin, zur Reduzierung der Risikofaktoren und zur Stärkung von Schutzfaktoren.

Während in vielen Teilen Deutschlands die Zahl der Drogentoten zurückgeht, verzeichnet Berlin einen tragischen Anstieg – so viele Menschen wie nie zuvor verloren hier ihr Leben durch Drogenkonsum. Besonders der zunehmende Missbrauch synthetischer Opioide stellt unsere Stadt vor große Herausforderungen. Alarmierend ist insbesondere der Anstieg der Drogentodesfälle bei jungen Menschen unter 30 Jahren.

Drug-Checking für mehr Gesundheitsschutz

Angeichts des steigenden Konsums illegaler Substanzen wollen wir das Berliner Drug-Checking-Angebot dauerhaft etablieren und ausbauen. Durch kostenlose, anonyme chemisch-toxikologische Analysen sowie fachkundige Beratung können Konsumierende vor Gesundheitsrisiken wie Überdosierungen, Verunreinigungen und Falschdeklarationen geschützt werden.

Das seit 2023 praktisch umgesetzte Modellprojekt zeigt: Drug-Checking steigert die Konsum- und Risikokompetenz und leistet einen wertvollen Beitrag zur Schadensminimierung. Wir setzen uns für mobile Drug-Checking-Einheiten an Party- und Szeneorten, ein erweitertes Angebot in stationären und mobilen Drogenkonsumräumen sowie längere Öffnungszeiten ein, um den Gesundheitsschutz konsequent zu verbessern.

Starke Kinder- und Jugendhilfe – gezielte Suchtprävention

Die Kinder- und Jugendhilfe schützt junge Menschen vor gefährdenden Einflüssen und fördert ihre Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Personen. Jede Kürzung in diesem Bereich ist ein Rückschritt in der Prävention. So entwickelt und koordiniert die Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin seit 2005 im Auftrag der Senatsgesundheitsverwaltung wirksame Angebote zur Reduzierung von Suchtmittelkonsum und riskantem Verhalten. Wir wollen diese Arbeit ausbauen und gezielt auf Risikogruppen ausrichten.

Wir setzen uns für ein Ende der Kriminalisierung von Konsumierenden ein. Abhängige sind Suchtkranke und brauchen Unterstützung statt Strafverfolgung. Präventionsarbeit muss deshalb verstärkt in Schule, Elternhaus und Arztpraxen stattfinden, um die Wirkungen und Folgen des Konsums verständlich zu machen.

Kinder- und Jugendärzte sollen gezielt zum Umgang mit Drogen- und Suchtproblemen sensibilisiert werden. Zudem fordern wir die flächendeckende Ausstattung der Berliner Suchthilfe mit dem lebensrettenden Opioid-Antagonisten Naloxon sowie umfassende Schulungsangebote zu dessen Einsatz.

Medienkompetenz muss früh gestärkt werden – in Kitas, Schulen und mit Unterstützung der Eltern. Dazu gehören Information über Chancen und Risiken der

Onlinenutzung sowie die Einrichtung geeigneter Jugendschutzprogramme im häuslichen Umfeld.

Dazu fordern wir die Abschaffung von Geldspielautomaten in öffentlich zugänglicher Gastronomie wie Imbissen, Spätis oder Kiosken. Für suchtgefährdete Menschen bedeuten sie eine immerwährende konkrete Rückfallgefahr – und für Kinder eine gefährliche Normalisierung.

Die PdF Berlin fordert daher: Automaten nur noch dort, wo der Zutritt klar auf Erwachsene beschränkt ist. Berlin kann das über Landesrecht regeln – und damit Verantwortung übernehmen.

Beratungsstellen

Berlin steht vor großen Herausforderungen in der psychischen Gesundheitsversorgung. Sowohl Kinder als auch Erwachsene leiden unter einem gravierenden Mangel an psychotherapeutischen und psychiatrischen Angeboten sowie an ausreichenden psychosozialen Beratungsstellen. Die Situation unterscheidet sich stark zwischen den einzelnen Bezirken, jedoch gilt: Wir müssen entschieden gegensteuern, um eine Verbesserung der Lage zu erreichen.

Unser Ziel ist es, das Netz an Versorgungs- und Beratungsangeboten deutlich auszubauen und damit den Zugang zu schneller, wohnortnaher und qualitativ hochwertiger Hilfe zu sichern. Ein besonderer Fokus liegt auf dem Ausbau des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes (KJPD) sowie der präventiven Angebote zur Förderung der psychischen Gesundheit. Es ist zu prüfen, ob bestimmte Leistungen künftig direkt mit den Krankenkassen abgerechnet werden können, um eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen. Bereits heute übernimmt der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst teilweise Pflichtuntersuchungen, wenn Kinderarztpraxen überlastet sind. Diese wichtige Entlastungsfunktion wollen wir weiter ausbauen und strukturell absichern.

Psychologieunterricht an Grundschulen

Psychische Gesundheit ist ein zentraler Bestandteil von Bildung, wird im Grundschulbereich jedoch bislang kaum systematisch vermittelt. Angesichts der Bedeutung emotionaler Stabilität, sozialer Kompetenz und Stressbewältigung für Lernfähigkeit und Lebensverlauf fordern wir, psychologische Grundbildung fest in Berliner Grundschulen zu verankern.

Aktuelle Forschungen und Pilotprojekte zeigen, dass bereits kurze, altersgerechte Lerneinheiten zu Themen wie Achtsamkeit, Emotionsregulation, Selbstwert und sozialem Miteinander, positive Effekte auf die Selbstwirksamkeit und die Resilienz von Kindern haben. Besonders Kinder mit belasteter Lebenssituation profitieren davon deutlich.

Psychologische Bildung soll dabei als fächerübergreifendes Querschnittsthema in den Schulalltag integriert werden, etwa in Verbindung mit Unterrichtsfächern wie

Deutsch, Sport oder Gesellschaftskunde sowie im Rahmen von Ganztagsangeboten und Projekten. Die Umsetzung soll durch externe Fachkräfte aus Psychologie, Sozialarbeit oder Praktikanten der Lehramtsstudiengänge und Ähnlichem unterstützt werden, um Lehrkräfte zu entlasten und gleichzeitig qualifizierte Inhalte sicherzustellen.

Ziel ist es, Kinder frühzeitig in ihrer emotionalen und sozialen Entwicklung zu stärken, Konfliktfähigkeit und Empathie zu fördern sowie langfristig psychischen & psychosomatischen Erkrankungen vorzubeugen. Gleichzeitig soll dies zur Entlastung des Bildungssystems, der Familien und des Gesundheitswesens beitragen und eine insgesamt resilientere und sozial kompetentere junge Generation fördern.

Regulierung von E-Zigaretten

Einweg- und aromatisierte E-Zigaretten stellen ein wachsendes Problem für Jugend-, Gesundheits- und Umweltschutz dar. Süße Geschmacksrichtungen senken die Einstiegshürde für Minderjährige, während Einwegprodukte durch Batterien und Kunststoff erhebliche Umweltbelastungen verursachen.

Wir setzen uns für ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten sowie eine deutliche Einschränkung aromatisierter Produkte ein. Der Verkauf muss konsequent am Schutz von Minderjährigen ausgerichtet werden, einschließlich strengerer Kontrollen und einheitlicher Verpackungsstandards.

Zudem soll die Herstellerverantwortung ausgeweitet und die ökologische Entsorgung vollständig sichergestellt werden. Ziel ist eine Regulierung, die sich am Gesundheits- und Umweltschutz orientiert und nicht an Marktinteressen.

Zentrale und innovative Gesundheitsversorgung

Unter den Maßgaben des 2024 in Kraft getretenen Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) können in Berlin neue und effiziente Versorgungsstrukturen entstehen. Wir unterstützen in diesem Kontext das Innovationsfondsprojekt des Poliklinik Syndikats, welches den sinnvollen Ausbau des Polyklinikkonzepts in der Stadt vorantreiben soll. Hierdurch bietet sich die Möglichkeit, Lücken zu schließen und Wohnortnähe zu gewährleisten. Gleichzeitig dürfen Strukturen nicht sinnlos zurückgebaut oder in einer desolaten Lage belassen werden, wie zum Beispiel die ständig überfüllten Notaufnahmen. Hier sind dringend neue Konzepte erforderlich sowie ein vehementer Ausbau des Bestands an Fachpersonal.

Digitalisierung im Gesundheitswesen

Die Digitalisierung ist nun mittlerweile ein Jahrzehnte altes Thema. Fortschritte sind zwar sichtbar, jedoch finden sich in allen Versorgungsbereichen Brüche, nicht kompatible Systeme und Zettelwirtschaft. Durch verschiedene Vorschläge sorgen wir für mehr Effizienz. Das aktuelle Programm „Digitaler ÖGD Berlin“ ist die Basis für guten Öffentlichen Gesundheitsdienst und muss fortgesetzt werden.

Antragsverfahren im Gesundheitswesen sind möglichst vollständig zu automatisieren. Wir unterstützen den Ausbau der freiwilligen elektronischen Patientenakte (ePA) und setzen für Digitale Begleitakten in Krankenhäusern ein. Auch Pflegepläne sind zu digitalisieren. Die Digitale Unterstützung bei Rehabilitationsmaßnahmen, etwa wie durch das Berliner Telemedizin System „CASPAR“, ist weiter auszubauen

KI in der Medizin

Wir fordern den Aufbau von „BerlinA“, einer gemeinsamen Initiative von Hochschulen, Universitäten, Gesundheitsämtern, Krankenkassen und privaten Partnern zur Entwicklung einer niedrighschwelligen, für alle zugänglichen KI-gestützten medizinischen Erstberatung.

Ziel ist eine digitale „KI-Ärztin“, die Orientierung bei gesundheitlichen Fragen bietet und den Zugang zum Gesundheitssystem unterstützt – nicht ersetzt. Die Finanzierung soll über Landesmittel, Universitäts- und Forschungsprojekte, Krankenkassen, private Investitionen sowie Crowdfunding erfolgen.

05

Wirtschaft und Innovation

„Innovation als Motor für Berlin.“

Zahlungsmoral der öffentlichen Einrichtungen

Die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand ist unzureichend und belastet insbesondere kleine und mittlere Unternehmen erheblich. Verzögerte Zahlungen und lange Fristen führen zu Liquiditätsengpässen, verschlechtern die Finanzierungsbedingungen und gefährden im Einzelfall Existenzen.

Wir setzen uns dafür ein, Kleine und Mittlere Unternehmen vor unverhältnismäßig langen Zahlungsfristen zu schützen und öffentliche Auftraggeber zu einer verlässlichen und fristgerechten Zahlungspraxis zu verpflichten.

Keine Steuergelder für wirkungslose Countdown-Ampeln

Wir lehnen die flächendeckende Einführung von Countdown-Fußgängerampeln ab. Eine Studie des Senats konnte keinen nachweislichen Sicherheitsvorteil gegenüber dem bestehenden System feststellen. Dennoch wurden bereits rund 400 Ampeln für etwa 12 Millionen Euro bestellt. Der vollständige Austausch aller rund 2.100 Fußgängerampeln würde etwa 50 Millionen Euro kosten. Dieses Geld wollen wir stattdessen in nachweislich wirksame Maßnahmen für Verkehrssicherheit und eine moderne Infrastruktur investieren.

Steuerverwaltung stärken – über 100 Millionen Euro zusätzlich einnehmen

Eine leistungsfähige Steuerverwaltung schafft Gerechtigkeit und stärkt den Landeshaushalt. Berlin entgehen derzeit 873 Millionen Euro an ausstehenden Steuerforderungen. Bereits 40 zusätzliche Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer könnten jährlich über 45 Millionen Euro Mehreinnahmen erzielen. Eine Verdoppelung der Prüfquote bei Großunternehmen könnte sogar bis zu 345 Millionen Euro einbringen - nach dem Länderfinanzausgleich verblieben Berlin davon rund 70 Millionen Euro. Gemeinsam mit einer modernen IT-Infrastruktur und der Einführung des bundesweiten KONSENS-Systems sind jährliche Mehreinnahmen von über 100 Millionen Euro realistisch.

Steuerschlupflöcher bei Immobilien schließen

Berlin entgehen jedes Jahr rund 100 Millionen Euro an Grunderwerbsteuer, weil große Immobilienkäufe häufig über sogenannte „Share Deals“ abgewickelt werden. Dabei wird nicht die Immobilie selbst verkauft, sondern Anteile an der Gesellschaft, der die Immobilie gehört. So kann die Grunderwerbsteuer teilweise oder ganz umgangen werden. Wir wollen diese Steuerlücke durch Bundesratsinitiativen weiter schließen und eine maßvolle Anpassung des Grunderwerbsteuersatzes prüfen. Wer mit großen Immobiliengeschäften Gewinne erzielt, soll seinen fairen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten.

Schuldenbremse reformieren – Investitionen ermöglichen

Verantwortungsvolle Finanzpolitik braucht klare Regeln, Haushaltsdisziplin und Transparenz. Wir wollen Ausgaben regelmäßig überprüfen, Prioritäten setzen und die Haushaltskonsolidierung nachvollziehbar gestalten. Gleichzeitig darf Sparen nicht bedeuten, notwendige Zukunftsinvestitionen aufzuschieben und damit spätere Kosten zu erhöhen. Deshalb setzen wir uns für eine Goldene Regel Plus ein: Kredite sollen nicht für laufende Ausgaben genutzt werden, aber gezielte Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Klimaschutz und Digitalisierung ermöglichen. So verbinden wir solide Finanzen mit einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung.

Erbschaften gerecht besteuern

Die Erbschaftsteuer ist eine Landessteuer und ihre Einnahmen fließen direkt nach Berlin. Obwohl ihre Ausgestaltung durch den Bund geregelt wird, setzt sich Berlin über den Bundesrat für eine Reform ein. Wir fordern eine Erhöhung des Freibetrags auf 1 Million Euro für alle Erbinnen und Erben. Darüber hinaus soll der Steuersatz bei 19 % beginnen und bis zu einem Höchstsatz von 25 % für Erbschaften ab 7 Millionen Euro progressiv ansteigen. Die bisherigen Steuerklassen nach Verwandtschaftsgrad wollen wir auflockern und die Besteuerung an der Höhe des übertragenen Vermögens und den realen menschlichen Beziehungen dahinter ausrichten, anstelle einer Berechnung an starren Familienbäumen. So sollen zum Beispiel Pflegende von Verstorbenen fairer von der zum Dank sowie der Anerkennung übertragenen Erbschaft profitieren

Steuerliche Sonderprivilegien für Betriebsvermögen lehnen wir ab. Familienunternehmen und Arbeitsplätze verdienen Schutz – pauschale Steuerbefreiungen für große Unternehmensvermögen jedoch nicht. Die heutigen Ausnahmen ermöglichen es insbesondere sehr vermögenden Erbinnen und Erben, erhebliche Vermögen nahezu steuerfrei zu übertragen. Künftig sollen Betriebsvermögen grundsätzlich nach denselben Maßstäben besteuert werden wie anderes Vermögen. Notwendige Liquiditätsprobleme können durch langfristige Stundungen statt durch dauerhafte Steuerbefreiungen gelöst werden.

Besseres Risikomanagement bei den Landesunternehmen

Berlin ist an 58 Landesunternehmen beteiligt. Der Rechnungshof hat erhebliche Defizite beim Risikomanagement festgestellt. Wir wollen verbindliche Standards für ein wirksames Risikomanagement einführen und die Kontrolle der Landesunternehmen verbessern. So lassen sich finanzielle Risiken frühzeitig erkennen und Steuergeld wirksam schützen.

Berliner Einzelhandel stärken

Der Berliner Einzelhandel ist das Rückgrat unserer städtischen Wirtschaft und prägt das Leben in unseren Kiezen. Wir setzen uns dafür ein, den lokalen Handel zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und die Attraktivität der Geschäftsstraßen zu erhöhen.

Mehr Freiheit bei Ladenöffnungszeiten

Berlin ist eine Weltmetropole – das muss sich auch in den Öffnungszeiten widerspiegeln. Nach dem Berliner Ladenöffnungsgesetz dürfen Verkaufsstellen derzeit an bis zu acht Sonn- oder Feiertagen pro Jahr öffnen, wenn große Veranstaltungen oder Events stattfinden. Diese Möglichkeit schöpft der Senat jedoch regelmäßig nicht aus. Wir fordern daher die vollständige Ausschöpfung aller acht verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage sowie eine ideologiefreie Debatte über moderne Ladenöffnungszeiten, die wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Faktoren berücksichtigt.

Ein weiterer verkaufsoffener Sonntag könnte im stationären Handel zusätzliche Umsätze von rund 20 Millionen Euro schaffen – und damit Beschäftigung und lokale Wertschöpfung stärken.

Handel als Ort der Begegnung

Einkaufszentren und Geschäftsstraßen sind längst mehr als bloße Konsumorte. Sie sind sogenannte „Third Places“, also Orte der Begegnung und des Austauschs außerhalb von Zuhause und der Arbeit. Gerade in einer Zeit zunehmender Einsamkeit leisten lebendige Geschäftsviertel einen wichtigen Beitrag gegen soziale Isolation. Eine Förderung zur Finanzierung von Managementstrukturen und Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität schafft hier eine echte Win-Win-Situation für Wirtschaft und Gesellschaft.

Vernetzung und Geschäftsstraßenmanagement

Damit Berliner Geschäftsstraßen attraktiv bleiben, braucht es voranschreitende Zusammenschlüsse von Gewerbetreibenden. Wir fordern die Etablierung professioneller Geschäftsstraßen-Managements, auch für kleinere Lagen und die Unterstützung durch Bezirksämter und Wirtschaftsförderung bei der Gründung und der Organisation solcher Initiativen.

So entsteht aus einzelnen Geschäften ein starkes Netzwerk, das gemeinsam den Kiez belebt und die lokale Wirtschaft stärkt.

KMUs stärken – fairer Zugang zu öffentlichen Aufträgen

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der Berliner Wirtschaft. Sie schaffen Arbeitsplätze, treiben Innovationen voran und halten unsere Stadt lebendig. Trotzdem stehen sie unter großem Druck: hohe Mieten, Fachkräftemangel, steigende Sozialabgaben und überbordende Bürokratie bremsen ihre Entwicklung. Auch bei öffentlichen Aufträgen werden KMUs oft benachteiligt – trotz ihres enormen Potenzials.

Die öffentliche Beschaffung in Berlin muss endlich klein- und mittelstandsgerecht gestaltet werden. Öffentliche Aufträge sind nicht nur ein Instrument der Versorgung, sondern auch ein entscheidender Hebel zur Förderung der lokalen Wirtschaft. Damit Berliner Unternehmen faire Chancen erhalten, braucht es klare Regeln und transparente Verfahren.

Eine moderne Vergabepolitik für Berlin bedeutet: Vielfalt stärken, statt Konzentration auf wenige Großunternehmen.

Denn nur wenn KMUs faire Chancen bekommen, kann Berlin wirtschaftlich und sozial stark bleiben.

Reduzierung von bürokratischen Hürden

Die Digitalisierung schreitet in unserer Stadt leider nur langsam voran. Wir setzen deshalb bei der täglichen Verarbeitung von Unmengen von Formularen auf CAI (Conversational AI). Die neuen KI-Möglichkeiten verkürzen Anmeldeverfahren erheblich und senken die Schwellen zwischen den Anmeldepflichtigen und den internen Workflows der Behörden.

Des Weiteren unterstützen wir die Form der behördlichen Selbstkontrolle - die Innere Revision. Eine Verwaltung ohne sinnvolle Kontrollmechanismen wird automatisch mit der Zeit ineffizient. Die Innere Revision benötigt in unserer Stadt eine höhere Personalstärke und einen uneingeschränkten Zugriff auf alle Behörden und Fachbereiche. In den internen Audits können auch Optimierungsansätze gehoben werden, z.B. für eine verpflichtende Weiterbildung in den Berliner Ämtern.

Für Firmengründungen sollte es nach unserer Auffassung ein Antragsstandardpaket „Fast Lane“ geben. Alle Komponenten sollten hier bereits online vorbereitet und via One-Stop-Shop bereitgestellt werden. So wird die Hemmschwelle für viele innovative und willige Bürgerinnen und Bürger wesentlich gesenkt werden.

Der Wissenschaftsstandort Berlin – Keine Eindampfung, sondern Ausbau

Wir stärken gezielt die bestehenden Kompetenzcluster unserer Stadt: Universitäten, Hochschulen, Fachschulen und Forschungs- und Industrieareale. Diese vernetzen wir enger mit der Wirtschaft. Public-Private-Partnerships nutzen wir strategisch, um Forschung schneller in marktfähige Anwendungen zu überführen – damit Wissen, Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze in Berlin bleiben.

Dazu braucht Innovation die Menschen. Deshalb investieren wir in Ausbildung, Qualifizierung und bezahlbaren Wohnraum für Fachkräfte. Fortschritt darf nicht exklusiv sein – er muss sozial eingebettet und für alle zugänglich sein.

Berlin hat das Potenzial, ein führendes europäisches Zentrum für Zukunftstechnologien zu werden – von Künstlicher Intelligenz bis Quantentechnologie. Als historischer Ort wissenschaftlicher Durchbrüche und heutiger Hotspot für Deep Tech verbinden wir Tradition mit Zukunft.

Im Wettbewerb der Regionen setzen wir nicht auf kurzfristige Anreize oder Lohndumping, sondern auf echte Standortstärken: exzellentes Know-how, moderne Infrastruktur und verlässliche Politik.

So machen wir Berlin wieder zu einem Magneten für Talente, Gründerinnen und Gründer sowie innovative Unternehmen – nachhaltig, gerecht und zukunftsorientiert.

06

Klima und Umwelt

„Nachhaltigkeit beginnt vor Ort.“

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eine zentrale Verantwortung von Staat und Gesellschaft. Klimawandel, Artensterben und Ressourcenverbrauch gehören zu den größten Herausforderungen unserer Zeit – auch dann, wenn ihre Folgen nicht immer unmittelbar spürbar sind.

Umwelt-, Klima- und Energiepolitik müssen daher ideologiefrei, wissenschaftlich fundiert und am langfristigen Gemeinwohl ausgerichtet sein. Maßstab unseres Handelns sind die bereits eingegangenen Klimaschutzverpflichtungen sowie das Ziel, Biodiversität, Bodenfruchtbarkeit und ökologische Kreisläufe dauerhaft zu erhalten.

Nachhaltigkeit bedeutet für uns die dauerhafte Nutzbarkeit unserer Umwelt für heutige und kommende Generationen. Dazu gehört die ökologische Aufwertung genutzter Flächen ebenso wie die Begrenzung von Flächenversiegelung und der Schutz zusammenhängender Ökosysteme. Umwelt- und Naturschutz können dabei nur gemeinsam mit allen Betroffenen gelingen – insbesondere in enger Zusammenarbeit mit Landwirtschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Energiewende und Technologieoffenheit

Eine konsequente Energiewende ist dabei unverzichtbar für wirksamen Klimaschutz. Sie erfordert den schnellen Ausbau erneuerbarer Energien, eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz sowie leistungsfähige Speicher- und Verteilstrukturen. Energieeffizienz ist dabei die zentrale Stellschraube. Je früher und konsequenter sie umgesetzt wird, desto geringer fallen Ressourcenverbrauch und Ausbaubedarf aus. Die Energiepolitik soll nachhaltig und technologieoffen gestaltet werden, Forschung fördern, Bürokratie abbauen und dezentrale Lösungen stärken.

Eine technologieoffene Gestaltung ist essentiell, da neue Entwicklungen nicht vorausgesehen werden können. Technologieoffenheit soll unter wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten mit der Suche nach den besten Lösungen verbunden werden. Die weltweiten Energiemärkte befinden sich gerade in einer

Revolution. Die Zuwachsraten bei Erneuerbaren sowie technologische Fortschritte zeigen dies durch rapide Entwicklungen.

Wissenschaft und Industrie tragen stets durch neue Ansätze dazu bei. So haben sich beispielsweise Kosten für PV-Anlagen oder Speicher in wenigen Jahren deutlich reduziert und sind in Massen verfügbar. Zudem können Großspeicher inzwischen umweltfreundlich und dauerhaft mit überall verfügbarem Salzwasser (Natrium-Ionen-Akkus) betrieben werden.

Dazu fordern wir, dass neben Wind-, Sonne- und Wasserkraft auch an anderen Energieträgern wie Wasserstoff oder Metallen, z.B. Eisen als Ersatz für Kohle, weiter geforscht wird. So wird derzeit vielversprechend an der Umrüstung von Kohlekraftwerken in einen rückstandsfreien Grundlastbetrieb durch Eisenverbrennung in Kombination mit Wasserstoff geforscht.

Mehr feste und mobile Energiespeicher

Die Stromversorgung in Deutschland erfolgt schon mehr als zur Hälfte mit Erneuerbaren, aber die Quote bei Wärme und Mobilität ist noch zu gering. Wir begreifen die sogenannten regenerativen Energien als unabdingbar für die Energieversorgung der Zukunft und wollen diese daher auch weiterhin ausbauen. Wir wollen eine konsequente und strukturierte Energiewende. Dazu muss der Bau von geeigneten Speichern fokussiert werden und die Verzahnung von Stromnutzung, Wärme und Verkehr (Sektorkopplung) vorangetrieben werden. Die Verteilung und Speicherung großer Energiemengen ist noch die Achillesverse der erneuerbaren Energien. Der Ausbau muss massiv vorangetrieben werden, um die Fluktuationen zwischenspeichern zu können.

Bidirektionales Laden von E-Fahrzeugen, spezifisch Vehicle-to-Grid (V2G) oder Vehicle to Home (V2H), gilt als eine Schlüsseltechnologie der Energie- und Mobilitätswende und wird in Frankreich schon flächendeckend praktiziert. Mit dieser Ladetechnologie speichern Elektroautos Strom und speisen diesen bei Bedarf ins Netz zurück. Die noch vorhandenen Restriktionen, u.a. durch fehlende einheitliche Lösungen, zu wenig Smart Meter und Netzentgelte für die Rückspeisung ohne eigene PV-Anlage, müssen hier schnellstmöglich abgebaut werden. Die Quote der Elektroautos in Berlin ist leicht höher als im Bundesdurchschnitt und die Nachfrage wird wegen steigender Kraftstoffpreise und der Affinität zur Elektromobilität schnell wachsen. Die kleineren Siedlungsstrukturen am Stadtrand mit Möglichkeiten einer eigenen Wallbox am Haus bieten hier große Entwicklungsmöglichkeiten, sofern zügig mehr Smartmeter installiert werden.

Wärmewende und klimaresilienter Wohnungsbau

Auch der Ausbau der Wärmenetze für Fernwärme und Nahwärme ist intensiv fortzuführen. Der Dekarbonisierungspfad mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2045 wurde durch die Berliner Energie und Wärme BEW Ende 2025 neu aufgestellt und muss weiter kritisch und transparent begleitet werden. Der dringend benötigte

Wohnungsbau wird mit Klimaresilienz und städtischem Grün einhergehen müssen. Denn jede zusätzliche Versiegelung verschärft Hitzeprobleme und steht im Widerspruch zu einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung. Deshalb muss gelten: Neuer Wohnraum soll vorrangig durch die effiziente Nutzung bestehender Immobilien geschaffen werden. Dazu zählen insbesondere Dachaufstockungen und Dachausbauten sowie die uneingeschränkte Nachverdichtung

Dachaufstockung statt neuer Flächenverbrauch

Dachaufstockungen gehören zu den wirksamsten und sehr schnell umsetzbaren Instrumenten, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen ohne auf Umweltkosten neue Versiegelungen vorzunehmen.

Studien zeigen, dass dieses Potenzial in Deutschland bislang weitgehend ungenutzt ist: Allein für Berlin liegt das Potenzial bei mehreren Tausend Wohneinheiten, ohne dass Grünflächen bebaut oder neue Infrastruktur erschlossen werden muss.

Technisch sind Aufstockungen heute gut beherrschbar, etwa durch leichte Holz- oder Stahlbauweisen, die das Tragwerk kaum stärker belasten als herkömmliche Dächer. Gleichzeitig verbessern sie die Energieeffizienz bestehender Gebäude und leisten einen Beitrag zum Klimaschutz, da insbesondere Holz CO₂ bindet. Voraussetzung ist, dass die Gebäudehöhe moderat bleibt und bestehende städtebauliche Strukturen respektiert werden.

Entsiegelung und Mikroklima

Im Land Berlin lag der gesamte Versiegelungsgrad der Stadt 2021 bei ca. 33,9%. Auf diesen Flächen ist die Temperatur höher als auf unversiegelten Bereichen und zudem kann Regenwasser nicht versickern.

Neben größeren kommunalen Projekten sind auch kleine Maßnahmen zur Entsiegelung für das Mikroklima wertvoll. Höfe, Teilflächen von Straßen, Parkplätze, Einfahrten und Gehwege können oftmals ohne viel Aufwand durch Eigentümer oder Mieter umgestaltet werden.

Berlin braucht mehr Klimastraßen, begrünte Vorgärten und größere Baumscheiben in den Gehwegen. Wir setzen uns für passgenaues Förderprogramm für Maßnahmen auf Wohn- und Gewerbegrundstücken ein, damit auf der lokalen Ebene nachhaltige Erfolge beschleunigt werden können.

Wo dennoch auf unversiegelten Flächen gebaut wird, braucht es einen verbindlichen Ausgleich: An anderer Stelle müssen Flächen entsiegelt und dem Stadtklima zurückgegeben werden. So kann Wohnraumschaffung mit Klimaanpassung verbunden werden, statt sie gegeneinander auszuspielen.

Dies muss bei städtebaulichen Verträgen oder ähnlichen Maßnahmen zukünftig Grundlage für eine klimagerechte Stadt sein. Fehlen eigene Grundstücke für einen Klimaausgleich, muss dies mit Ausgleichszahlungen wie schon beim Baumschutz abgegolten werden.

Dach- und Fassadenbegrünung

Wir fordern, dass öffentliche Gebäude beim Klimaschutz eine evidenzbasierte Vorreiterrolle einnehmen. Ein bislang unterschätztes und zugleich wirkungsvolles Instrument ist dabei die Begrünung von Dächern - und insbesondere die vertikale Begrünung von Fassaden. Studien – unter anderem der TU Wien – zeigen, dass begrünte Außenflächen die thermische Dämmung von Gebäuden verbessern und die Energieeffizienz vor allem bei unzureichend gedämmten Bestandsgebäuden deutlich steigern können. Die Oberflächentemperaturen von Gebäuden werden nachweislich um mehr als 10 Grad Celsius gesenkt, wodurch die Strahlungswärme reduziert und sommerlicher Überhitzung effektiv entgegengewirkt wird. Fassadenbegrünungen erweisen sich dabei als besonders wirksam. Im Winter tragen sie zugleich zur Reduktion von Wärmeverlusten bei. Insgesamt kann der Wärmedurchgangskoeffizient um rund 20 Prozent verbessert werden – ohne aufwendige und kostenintensive bauliche Sanierungen.

Neben den energetischen Effekten leisten Dach- und Fassadenbegrünungen einen wichtigen Beitrag zur Klimaanpassung im urbanen Raum. Durch die Rückhaltung von Regenwasser auf Gründächern erhöht sich der Verdunstungsfaktor, was zusätzlich kühlend wirkt. Gleichzeitig entstehen wertvolle Lebensräume für Insekten und Vögel, wodurch die Biodiversität gestärkt und stabilisiert wird. Photovoltaikanlagen können gut mit extensiver Dachbegrünung kombiniert werden. Die Module werden gekühlt und damit leistungsfähiger und es entstehen für Flora/Fauna verschattete Bereiche.

Ein weiterer Vorteil der Fassadenbegrünung liegt in ihrer niedrigen technischen Einstiegshürde. Selbstklimmende Pflanzen benötigen kaum Infrastruktur und lediglich einen regelmäßigen Rückschnitt.

Vertikale und horizontale Begrünung tragen damit nicht nur zur ästhetischen Aufwertung öffentlicher Gebäude bei, sondern leisten einen messbaren Beitrag zur Reduktion von Energieverbrauch und CO₂-Emissionen sowie zur Verbesserung des Stadtklimas. Öffentliche Einrichtungen sollten dieses Potenzial systematisch nutzen und mit gutem Beispiel vorangehen – für wirksamen Klimaschutz, höhere Aufenthaltsqualität im Stadtraum und eine schnelle, praxisnahe Umsetzung im Gebäudebestand.

Wir setzen uns für eine Änderung des Nachbarrechtsgesetzes Berlin ein, um analog der Duldungspflicht einer Wärmedämmung von Nachbarn auf dem eigenen Grundstück auch eine Begrünung von Fassaden durch Nachbarn zu erwirken. Nachbarn müssen die Grenzwand in einem ordnungsgemäßen und funktionsgerechten Zustand erhalten. Eine Geldrente als Entschädigung soll jedoch nicht vorgesehen werden, da eine Begrünung von Grenzwänden nicht als Einschränkung zu sehen ist, wenn sie fachgerecht ist

Schwammstadt und Regenwassermanagement

Während in der Vergangenheit das Ziel verfolgt wurde, Regenwasser im dicht bebauten Stadtraum möglichst schnell abzuleiten, braucht es heute einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Regenwasser muss in der Stadt gehalten werden. Entsiegelte und wasserdurchlässige Flächen sowie eine klimagerechte Freiraumgestaltung leisten dabei einen erheblichen Beitrag zur Abkühlung des Stadtklimas. Das Konzept der Schwammstadt verbindet Hitzeschutz mit effektiver Vorsorge bei Starkregenereignisse. Denn die bestehende Kanalisation ist für zunehmende Extremwetterlagen nicht ausgelegt und stößt bei Starkregen schnell an ihre Grenzen – mit der Folge überfluteter Keller, Tiefgaragen und beschädigter Infrastruktur.

Eine wassersensible Stadtentwicklung ist daher zentral, um Schäden zu vermeiden und Städte langfristig widerstandsfähig zu machen. In Zeiten der Klimaerwärmung und Wasserknappheit muss Berlin noch mehr zur Schwammstadt werden. Das Regenwasser ist verstärkt auch im Bestand zu binden und nicht in die Kanalisation abzuleiten, damit es verdunsten und versickern kann. Lokale Verdunstung führt auch zu lokalen Niederschlägen.

Es braucht mehr Gründächer, Fassadenbegrünung und Entsiegelung, z.B. auch bei Parkplätzen. Dies sorgt für Kühlung, Grundwasseranreicherung und gutes Klima.

Solarpflicht für große Parkplätze

Größere Parkplatzflächen haben in der Regel keine andere Funktion außer dem Abstellen von Fahrzeugen. Für Neubauten von Parkplätzen gibt es in Berlin keine Regelung zum Aufstellen von PV-Anlagen, aber in anderen Bundesländern. Je nach Bundesland beginnt die Solarpflicht ab 35, 50 oder 100 Stellplätzen. Es sollte eine bundeseinheitliche Verpflichtung ab 35 Stellplätzen bei Neubauprojekten geben und mit einer Übergangszeit auch für den Bestand. Die Klimaschutzgesetze und Musterbauordnung für die Bundesländer sollen hierzu fortgeschrieben werden. Wir wollen dies für Berlin umsetzen.

Dezentrale Bürgerenergie und Balkonkraftwerke

Der Ausbau von Anlagen für erneuerbare Energien soll sich für Privatpersonen weiter lohnen. Es bedarf weniger Bürokratie und gegebenenfalls mehr Förderung. Wir verstehen dies als einen Beitrag zur Dezentralisierung des Netzes und Stärkung der Unabhängigkeit der Bevölkerung. Wir wollen den Umstieg auf erneuerbare Energien wieder zu einem Thema für die Allgemeinheit machen.

Die CO₂-bewussten Verbrauchenden können bisher den eigenen Ausstoß nur dann effektiv beeinflussen, wenn sie über technisches Wissen von Fachleuten verfügen. So erhält man beim Autokauf zwar realitätsnahe Verbrauchsangaben zu jedem Gramm CO₂ pro gefahrenen Kilometer, jedoch gibt es keine Auskunft über die im Produktionsprozess anfallenden Emissionen.

Die CO₂-Bepreisung ab 2028 wird in den Privathaushalten den Bedarf an besserer und günstigerer Energieversorgung stärken. Jedes Haus sollte bestmöglich ein kleines Kraftwerk mit PV-Strom, Strom-Speichertechnologie, Lademöglichkeiten und Smartmetern haben, so dass Stromsparen und Kostensenkung aktiv vor Ort praktiziert werden kann.

Balkonkraftwerke müssen dabei auch in Hochhäusern zukünftig leichter realisierbar sein. In Gebäuden mit mehr als fünf Etagen ist die Energiewende auf Balkon und Fassade bislang oft blockiert: durch fehlende Standards, aufwendige Genehmigungsverfahren oder pauschale Ablehnungen wegen vermeintlicher Gefahren. Es braucht daher dringend ein Recht auf Eigenstrom.

Jeder Mensch, unabhängig von Stockwerk oder Eigentumsform, soll ein Recht auf die Installation eines Balkonkraftwerks im eigenen Wohnbereich erhalten – sofern die Installation sicher und normgerecht erfolgt. Die Landesbauordnungen sind daher anzupassen.

Wir fordern die Aufnahme eines klaren Passus, wonach Balkon-Photovoltaik bis zu einer festgelegten Modulgröße nicht als genehmigungspflichtige bauliche Veränderung zählt – auch nicht in Hochhäusern. Zertifizierte Montagesysteme für Hochhäuser sind technisch machbar und sollen durch ein gezieltes Förderprogramm unterstützt werden. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften sollen verpflichtet werden, bei normgerechter Ausführung Balkonkraftwerke zu genehmigen – ähnlich wie bei Satellitenschüsseln oder E-Ladepunkten.

Hitzeschutz als kommunale Pflichtaufgabe

Die gesundheitliche Hitzeschutzvorsorge soll auf kommunaler Ebene verbindlich verankert werden. Die vergangenen Jahre zählen zu den wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Und die zunehmende Hitze stellt eine ernsthafte Gefahr für die Gesundheit von Menschen und Tieren sowie für unsere natürlichen Lebensgrundlagen dar. Auch in Berlin zeigt sich diese Entwicklung deutlich: In den vergangenen Jahren sind hier rund 1.500 hitzebedingte Todesfälle zu verzeichnen. Zwar wurden auf Landes- und Bezirksebene bereits Klimaschutz- und Klimaanpassungspläne sowie einzelne Hitzeschutzmaßnahmen entwickelt, bislang beruhen diese jedoch weitgehend auf freiwilligen Selbstverpflichtungen. Angesichts der gesundheitlichen Risiken reicht das nicht aus. Hitzeschutz darf kein optionales Handlungsfeld bleiben, sondern muss als Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand verstanden werden.

Artikel 31 der Berliner Verfassung stellt Umwelt und natürliche Lebensgrundlagen bereits unter besonderen Schutz. Dieser Verfassungsauftrag sollte ausdrücklich um die Ziele des Klimaschutzes und der Klimaanpassung ergänzt werden. Damit würden künftige politische Entscheidungen – von der Ausrichtung von Fördermitteln über Haushaltsschwerpunkte bis hin zu Bau- und Infrastrukturmaßnahmen – verbindlich unter dem Leitgedanken des Gesundheits-, Klima- und Hitzeschutzes geplant und umgesetzt.

Solaroffensive und Recht auf Eigenstrom – Berlin als Motor der Energiewende

Der Ausbau erneuerbarer Energien muss sich für alle lohnen. Deshalb wollen wir Bürokratie abbauen, Investitionen erleichtern und gezielte Förderungen schaffen. Damit stärken wir die Dezentralisierung des Energiesystems und die Unabhängigkeit der Bürgerinnen und Bürger. Die Energiewende soll wieder eine gemeinsame Aufgabe der gesamten Gesellschaft werden.

Trinkbrunnen und Pumpbrunnen für Hitzeschutz, Stadtgrün und Krisenvorsorge

Zunehmende Hitzewellen stellen eine wachsende Belastung für das städtische Leben dar und treffen besonders ältere Menschen, Obdachlose, Kinder sowie gesundheitlich vorbelastete Personen. Um dem zu begegnen, wird ein flächendeckender Ausbau öffentlicher Trinkwasserstellen an stark frequentierten Orten, wie Haltestellen, Spielplätzen oder Märkten vorgeschlagen. Diese sollen unkompliziert den Zugang zu Trinkwasser ermöglichen, gesundheitliche Risiken durch Dehydrierung reduzieren und gleichzeitig die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum verbessern.

Ergänzend können manuell betriebene Pumpbrunnen eine wichtige Rolle spielen, da sie unabhängig von Stromversorgung funktionieren und damit auch in Krisensituationen als dezentrale Notwasserversorgung dienen können. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, solche Brunnen stärker in das Stadtgrün-Konzept einzubinden, indem etwa befestigte Gießkannen bereitgestellt werden, die von Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden können, um Straßenbäume zu bewässern. Dadurch würde Klimaanpassung im Alltag praktisch erlebbar und zugleich die Mitverantwortung für das Stadtklima gestärkt.

07

Digitalisierung

„KI statt Bürokratie.“

Die Digitalisierung ist der größte zivilisatorische Sprung der Menschheit seit der industriellen Revolution. Die PdF sieht eine umfassende Digitalisierung aller Bereiche der Gesellschaft als Grundvoraussetzung für ihren Fortschritt an. Sie ist essenziell, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Digitalisierung wird manche Arbeitsfelder stark verändern und Arbeitskräfte überflüssig machen, aber es werden auch neue Arbeitsplätze entstehen.

Wir befinden uns mitten in einer hoch dynamischen Zeit von digitaler Veränderung. Unser Ziel ist diese Veränderung aktiv zu gestalten durch Information, Bildung und Nutzung der positiven Seiten der Digitalisierung. Trotz aller Digitalisierung darf offline niemand von der Gesellschaft ausgeschlossen sein. Duale Zugänge zu Leistungen, Zahlungswegen etc. in analoger und digitaler Form sind daher grundlegend.

Berlin ist schon jetzt Standort zahlreicher Startups und muss sich im internationalen Vergleich nicht verstecken. Die Digitalwirtschaft ist inzwischen ein großer Wirtschaftsfaktor geworden und ist zukünftig noch stärker auszubauen.

Register für Datenschnittstellen – Grundlage einer vernetzten Verwaltung

Eine nachhaltige Digitalisierung braucht echte Interoperabilität. Wir setzen uns für den Aufbau eines öffentlichen Registers für Datenschnittstellen ein – angelehnt an den Musterdatenkatalog für offene Daten. Dieses Kataster soll transparent erfassen, welche digitalen Leistungen und Verwaltungsaufgaben auf Bezirks- und Landesebene bestehen, insbesondere in zentralen Bereichen wie Gesundheit, Verkehr und Soziales.

Ziel ist es, Doppelstrukturen zu vermeiden („Once only“-Prinzip), Lücken zu identifizieren und Zusatzaufwände zu reduzieren. Das Register schafft Klarheit darüber, welche Schnittstellen bereits funktionieren und wo noch Handlungsbedarf besteht. Dabei berücksichtigen wir auch den nahtlosen Zugang zu digitalen

öffentlichen Diensten innerhalb Deutschlands und der Europäischen Union. So entsteht eine vernetzte, effiziente und bürgernahe Verwaltung.

KI statt Formulare

Eine moderne Verwaltung braucht effiziente und, wo möglich, automatisierte Arbeitsabläufe. Deshalb wollen wir die Empfehlungen des Rechnungshofs konsequent umsetzen, Verwaltungsprozesse vereinfachen und konsequent digitalisieren. Routinetätigkeiten sollen verstärkt durch Künstliche Intelligenz (KI) und Robotic Process Automation (RPA) unterstützt werden, damit Mitarbeitende mehr Zeit für anspruchsvolle Aufgaben und den direkten Bürgerservice haben. So sparen wir langfristig Personal- und Sachkosten, beschleunigen Entscheidungen und schaffen eine leistungsfähigere Verwaltung für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen.

Digitale Souveränität – Berlin unabhängig und offen gestalten

Digitale Souveränität ist der Schlüssel zu einer modernen, sicheren und gerechten Verwaltung. Berlin sollte – wie Schleswig-Holstein als Vorreiter – konsequent auf offene Softwarelösungen setzen und mittelfristig zu Open Source-Systemen übergehen. So wird unsere Stadt unabhängiger von politischen und wirtschaftlichen Einflüssen aus Herstellerländern und spart langfristig Kosten.

In der Vergangenheit führten verspätete Umstellungen auf neue Microsoft-Produkte regelmäßig zu teuren Sonderverträgen für veraltete Software. Mit dem Senatsbeschluss vom 9. Dezember 2025 zur Open-Source-Strategie hat Berlin einen wichtigen ersten Schritt getan. Doch die Umsetzung der EDV-Umstellung bleibt hinter den Zielen zurück. Das angestrebte Ziel, bis 2032 rund 70 % des Software-Stacks der IKT-Arbeitsplätze auf Open Source umzustellen, erfordert deutlich mehr Engagement.

Die PdF fordert daher – neben zusätzlichem Fachpersonal – eine transparente Maßnahmenkontrolle und verbindliche Umsetzungsfristen für die Open-Source-Ziele. Denn offene Software stärkt digitale Teilhabe, fördert soziale Gerechtigkeit und erhöht Transparenz, Sicherheit und Innovationskraft in unserer Stadt.

Digitale Verwaltungsleistungen – Berlin endlich ins 21. Jahrhundert führen

Berlin hat das Ziel des E-Government-Gesetzes von 2016, seine Akten ab dem 1. Januar 2025 vollständig elektronisch zu führen, verfehlt. Die Umsetzung der Digitalisierung hängt weit hinterher. Auch bei den digital nutzbaren Verwaltungsleistungen nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) liegt Berlin im bundesweiten Vergleich zurück.

Wir fordern eine umfassende, konsequent gesteuerte Digitalisierung der Berliner Verwaltung auf allen Ebenen. Dazu gehören leistungsfähige technische Systeme, die Behördenprozesse vollständig digital abbilden und Bürgerinnen und Bürgern

einfache, sichere Kommunikationswege eröffnen. Die Berlin Service App muss zur zentralen Plattform für alle Online-Verwaltungsleistungen ausgebaut werden.

Die Open-Data-Strategie von 2023 gehört auf den Prüfstand. Berlin soll sich an führenden europäischen Metropolen orientieren, um Innovationspotenziale besser zu nutzen. Bestehende Strukturen wie die Open Data Informationsstelle (ODIS) und die Technologiestiftung Berlin sind wichtige Grundlagen – doch im Wettbewerb der Städte braucht Berlin schnellere, einheitlichere und verlässlich aktualisierte Datensätze. Nur so kann die Hauptstadt zur treibenden Kraft für technologische Innovation werden.

Das IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ) steht beispielhaft für den Reformbedarf. Finanzielle Schieflagen sind Ausdruck mangelhafter Steuerung. Wir fordern transparente Prozesse, eine öffentliche Diskussion über die IT-Architektur des Landes und die konsequente Nutzung von Open-Source-Lösungen, um Qualität, Sicherheit und Innovation zu stärken.

Damit die Bürgerämter effizienter arbeiten können, schlagen wir einen wöchentlichen Schließtag für analoge Anträge vor. So können sich die Beschäftigten stärker auf digitale Dienstleistungen konzentrieren und gleichzeitig Kapazitäten gewinnen, um mobil unterwegs zu sein – etwa in Seniorenheimen oder Einrichtungen mit eingeschränkter Mobilität.

Berlin darf sich nicht länger mit digitaler Stückwerkpolitik zufriedengeben. Wir wollen eine moderne, offene und bürgernahe Verwaltung – digital, transparent und serviceorientiert.

Zugang zu digitaler Infrastruktur

Die Gigabit- und 5G-Versorgung in Berlin liegt schon fast bei 100 %. Der Glasfaserausbau allerdings erst bei ca. 50 %. Der Netzausbau ist daher weiter zu forcieren und muss Ende der Legislatur abgeschlossen sein. Dabei ist auch auf Resilienz vor äußeren Zugriffen zu achten.

Datenschutz und Netzfreiheit

Die Sicherung persönlicher Daten ist Aufgabe des Staates. Er hat weiterhin die Aufgabe, die Anonymität postalischer und digitaler Kommunikation zu ermöglichen. Gleichzeitig muss es möglich sein, Straftaten im Internet besser verfolgen zu können. Hierzu sind bestehende Befugnisse konsequenter zu nutzen und die Plattformen stärker in die Pflicht zu nehmen, um Hass und Hetze zu unterbinden.

Die PdF setzt sich für das Internet als einen Raum freier und kreativer Gestaltung ein. Politisch oder wirtschaftlich motivierte Zensur in Form von Upload-Filtern lehnen wir daher ab. Es muss allen möglich sein, unter fairer Nutzung bestehender Inhalte ihrer Kreativität, politischen Überzeugungen oder wirtschaftlichen Konzepten frei Ausdruck zu verleihen.

Förderung von IT- und Datenkompetenz

Digitale Bildung ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und beruflichen Erfolg. Datenschutz, Medien- und IT-Kompetenz müssen daher fest im Berliner Bildungssystem verankert werden. Kinder und Jugendliche sollen früh lernen, digitale Technologien sicher, kritisch und kreativ zu nutzen. Bereits in der Grundschule müssen sie verstehen, welche Chancen und Risiken digitale Systeme bieten und wie sie verantwortungsvoll damit umgehen. Aufbauend darauf sollen weiterführende technische Kenntnisse vermittelt werden – bis hin zur vertieften IT-Bildung an Oberschulen.

Damit das gelingt, müssen die Berliner Schulen flächendeckend digitalisiert werden.

Wir fordern einheitliche, skalierbare Lösungen für Hard- und Software, eine bessere finanzielle Ausstattung sowie mehr externe IT-Unterstützung, um Lehrkräfte zu entlasten. Das Lernen muss flexibel, digital und geräteunabhängig möglich sein. Berlin muss sicherstellen, dass die Mittel aus dem Digitalpakt 2.0 – rund 111 Millionen Euro Bundesmittel – vollständig und transparent abgerufen werden.

Für die Klassen 1 bis 6 fordern wir ein einheitliches Handyverbot an Berliner Schulen, um Chancengleichheit und Konzentration im Unterricht zu stärken. Ab Klasse 7 soll die kontrollierte Handynutzung Teil eines verbindlichen Medienbildungskonzepts werden – mit klaren pädagogischen Leitlinien zu Themen wie Künstliche Intelligenz, Cybermobbing, Deepfakes, Nutzungsdauer, Suchtprävention, Datenschutz und Programmierung. So gelingt der Übergang von Schutz zu Kompetenz – altersgerecht und nachhaltig.

Digitale Bildung endet nicht mit der Schule: Auch Seniorinnen und Senioren brauchen Unterstützung beim Umgang mit neuen Technologien. Wir setzen uns für den Ausbau wohnortnaher Angebote ein, etwa durch digitale Lerncafés, mobile Schulungen und lokale Nachbarschaftszentren.

Berlin muss Vorreiterin für digitale Bildung werden – mit klarem Kurs, modernem Unterricht und einer Kultur, die digitale Chancen für alle Generationen öffnet.

Elektronische Zahlungsoptionen

Alle öffentlichen Stellen werden verpflichtet, elektronische Zahlung (Karte, Smartphone, Online) anzubieten. Bezahlen muss so einfach sein wie Einkaufen – auch im Rathaus und in der Straßenbahn. Elektronische Zahlungen schaffen Effizienz, Transparenz und Sicherheit. Gleichzeitig bleibt Barzahlung als Grundrecht und Datenschutzinstrument erhalten.

Förderprogramme und Antragsverfahren

Förderprogramme sollen für die jeweiligen Branchen seitens der Verwaltung übersichtlich zusammengefasst werden, damit Antragstellende z.B. in den Bereichen Wirtschaft, Kultur oder Ehrenamt, nicht mühsam alles selbst recherchieren müssen.

Dazu soll die Antragstellung so einfach wie möglich (z.B. kommentierte Ausfüllhilfen) und so kontrolliert wie nötig erfolgen (Beschränkung auf wesentliche Daten).

Künstliche Intelligenz (KI)

KI ist die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Wer sie beherrscht, gestaltet die Zukunft – wer sie ignoriert, verliert den Anschluss. Berlin soll Vorreiter für verantwortungsvolle KI werden: in Bildung, Wirtschaft und Verwaltung.

Wir fordern also gezielte Fortbildungen zu KI-Kompetenzen für Lehrkräfte, Auszubildende und Beschäftigte in öffentlichen Einrichtungen. Auf Landesebene setzen wir uns für einen verbindlichen Leitfaden zum Einsatz von KI ein – mit klaren Regeln zu Datenschutz, Transparenz und ethischen Grenzen. Die Umsetzung dieser Strategie wird durch ein landesweites Monitoring regelmäßig überprüft und weiterentwickelt.

Cybersicherheit

Berlin verliert sich beim Thema Cybersicherheit in zahllosen Insellösungen. Zielführender wäre es für öffentliche Systeme ein landesweites, gemeinsames Sicherheitsnetz zu spannen. Dazu benötigt es verpflichtende Sicherheitsstandards seitens des Landes. Digitalisierung braucht Vertrauen. Sichere Systeme, Datenschutz und Transparenz sind der Kern digitaler Freiheit.

Wir setzen auf offene Standards statt Überwachung, auf Kompetenz statt Kontrolle.

Digitale Mitbestimmung, Transparenz und Beschwerdemanagement

Digitale Beteiligung ist zentral für eine moderne Bürgerdemokratie. Plattformen wie mein.berlin.de zeigen, wie Menschen aktiv an städtischen Planungsprozessen mitwirken können. Diese Ansätze wollen wir weiter ausbauen und technisch verbessern. Für mehr Transparenz und Vertrauen in Staat und Verwaltung.

Wir setzen uns für regelmäßige Rückmeldungen und digitale Evaluationen ein, um Akzeptanz zu stärken und das Potenzial der Schwarmintelligenz effizient zu nutzen. Auch die App des Ordnungsamts soll zu einem modernen Tool für interaktive Bürgerkommunikation werden. Schwerpunkte von Meldungen sollen künftig räumlich dargestellt werden, damit präventive Maßnahmen gezielt erfolgen können. Rückmeldungen über erledigte Probleme dürfen erst erfolgen, wenn die Lösung vor Ort tatsächlich abgeschlossen ist – ergänzt durch eine nachvollziehbare Ablaufhistorie, ähnlich einer Sendungsverfolgung.

Keine intransparente Überwachungstechnologie

Digitalisierung muss dem Menschen dienen, nicht staatlicher Kontrolle. Berlin setzt auf transparente, überprüfbare und datenschutzfreundliche Technologien. Den Einsatz von Systemen wie Palantir, die weitreichende Datenanalysen ermöglichen und eine intransparente Zusammenführung sensibler Informationen erlauben,

lehnen wir ab. Staatliche Digitalisierung braucht Vertrauen, klare Grenzen und demokratische Kontrolle.

Sozialleistungen automatisch statt bürokratisch

Eine pragmatische Sozialpolitik setzt auf Wirksamkeit - nur wenn Sozialleistungen tatsächlich ankommen, wird Sozialpolitik wirksam. In der Debatte über den Sozialstaat wird häufig über die Höhe von Leistungen gesprochen. Ein ebenso großes Problem ist jedoch, dass viele Menschen ihre Ansprüche gar nicht wahrnehmen. Schätzungen zufolge erreicht ein erheblicher Teil der Berechtigten – bei einzelnen Leistungen bis zur Hälfte – die ihnen zustehende Unterstützung nicht. Die Gründe liegen oft nicht in fehlender Eigenverantwortung, sondern in komplizierten Verfahren, fehlender Information, Unsicherheit und bürokratischen Hürden.

Wir wollen deshalb den Staat stärker in die Pflicht nehmen: Nicht die Bürgerinnen und Bürger sollen dem Staat hinterherlaufen, sondern der Staat muss einer Bringschuld gerecht werden.

Wenn Anspruchsvoraussetzungen bekannt sind und die notwendigen Informationen bereits vorliegen, sollen Leistungen möglichst automatisch oder mit deutlich vereinfachten Verfahren gewährt werden. Menschen sollen ihre Zeit nicht mit unnötigen Formularen und wiederholten Nachweisen verbringen müssen, wenn der Staat bereits über die erforderlichen Informationen verfügt.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Es geht darum, bürokratische Abläufe grundlegend zu vereinfachen und einen bürgerfreundlichen Staat zu schaffen. Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung bleiben dabei unverhandelbar: Es wird keine zentrale Sozialdatenbank geben, Daten dürfen nur zweckgebunden verarbeitet werden und automatisierte Entscheidungen müssen transparent überprüfbar bleiben.

Für Berlin bedeutet das ganz konkret: Wir wollen unter anderem die Weiterbewilligung von Bürgergeld und Wohngeld vereinfachen, Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bei bestehendem Anspruch automatisiert gewähren, den Berlinpass automatisch ausstellen sowie das Landespflegegeld nach Feststellung eines Pflegegrades ohne zusätzlichen Antrag auszahlen. Auch Studierende sollen durch einfachere digitale Verfahren beim BAföG entlastet werden.

Da viele Sozialleistungen bundesrechtlich geregelt sind, setzt sich Berlin über den Bundesrat für bessere Voraussetzungen zur Automatisierung und vereinfachten Leistungsgewährung ein.

08

Sicherheit

„Sicherheit durch Prävention.“

Kritische Infrastruktur schützen

Krankenhäuser sind zentrale Bestandteile der kritischen Infrastruktur, jedoch unzureichend auf Krisen vorbereitet. Stromausfälle, Cyberangriffe und Versorgungsengpässe gefährden die Patientenversorgung, während viele Kliniken – insbesondere kleinere – nicht ausreichend in Notfall- und Sicherheitsstrukturen eingebunden sind.

Wir setzen uns für verbindliche Resilienzstandards für alle Krankenhäuser ein. Dazu gehören eine flächendeckende IT- und Cybersicherheit, die Einbindung in Notfallpläne sowie eine Ausweitung des KRITIS-Begriffs (Kritische Infrastrukturen). Das Land Berlin muss die notwendigen Investitionen in Sicherheits- und Krisenvorsorgestrukturen als Teil der Daseinsvorsorge unterstützen.

Bodycam-Verpflichtungen

Gewalt gegen Polizei, Feuerwehr, Rettungskräfte und weitere Beschäftigte im öffentlichen Raum nimmt zu. Gleichzeitig braucht es Transparenz und Rechtssicherheit im Einsatzgeschehen.

Wir setzen uns für den gezielten und rechtssicheren Einsatz von Bodycams ein. Sie dienen der Deeskalation, dem Schutz der Einsatzkräfte und der objektiven Beweissicherung. Bei nachweislich positiver Wirkung sollen Bodycams schrittweise als Standard im Außendienst etabliert und rechtssicher auch für weitere Einsatzkräfte ermöglicht werden.

Dabei gelten klare Regeln: Einsatz nur bei konkreter Gefahrenlage, offene Kennzeichnung, strenge Datenschutzvorgaben, kurze Speicherfristen und kein Löschzugriff durch Einsatzkräfte.

Ziel ist eine Sicherheitsarchitektur, die Einsatzkräfte schützt und zugleich Transparenz und Vertrauen stärkt.

Drohnen & Robotik für Polizei und Sanitäter

Einsatzlagen in Berlin sind oft unübersichtlich und zeitkritisch. Drohnen und robotische Systeme können hier entscheidend helfen, schnell ein Lagebild zu gewinnen und Risiken für Einsatzkräfte zu reduzieren. Wir setzen uns daher für den gezielten Ausbau dieser Technologien ein. Für Durch spezialisierte Drohneneinheiten in komplexen Einsatzlagen sowie die schrittweise Ausstattung von Einsatzkräften mit kompakten Drohnen für den schnellen Überblick vor Ort.

Der Einsatz erfolgt ausschließlich anlassbezogen zur Gefahrenabwehr, Rettung und Einsatzunterstützung – nicht zur flächendeckenden Überwachung. Klare gesetzliche Regeln, Schulungen und Transparenz stellen einen verantwortungsvollen Einsatz sicher.

Winterdienst

Der Winterdienst auf Berlins Gehwegen ist derzeit uneinheitlich und häufig unzureichend organisiert. Zuständigkeiten zwischen Eigentümern, Bezirken und verschiedenen Dienstleistern führen zu ineffizienten Strukturen, Verzögerungen und Sicherheitsrisiken für Fußgängerinnen und Fußgänger – insbesondere für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen.

Wir setzen uns für ein neues Modell der Winterdienstorganisation nach dem Prinzip „dezentral organisiert, zentral strukturiert“ ein. Dafür sollen klare Kehrbezirke eingeführt und die Durchführung des Winterdienstes über transparente, zeitlich befristete Ausschreibungen an lokale Dienstleister vergeben werden. Das schafft klare Verantwortlichkeiten, mehr Effizienz und schnellere Reaktionszeiten.

Gleichzeitig lehnen wir den Einsatz von Streusalz auf Gehwegen weiterhin ab und setzen auf umweltverträgliche Alternativen wie Splitt und Sand. Ziel ist ein sicherer, effizienter und ökologisch verantwortlicher Winterdienst, der die öffentliche Sicherheit verbessert und die soziale Teilhabe im Winter gewährleistet.

Ausbau der Berliner Verwaltung

Wir fordern die Stärkung und den personellen Ausbau der Internen Revision in der Berliner Verwaltung. Ziel ist eine wirksamere Kontrolle, Prüfung und Optimierung von Verwaltungsabläufen. Die bestehenden Strukturen sind aktuell personell nicht ausreichend ausgestattet, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Dabei sollen etablierte Prüf- und Auditstandards, wie sie unter anderem vom Deutschen Institut für Interne Revision (DIIR) empfohlen werden, konsequent angewendet werden.

nO-lympia - Keine neue Olympiabewerbung für Berlin

Die Partei des Fortschritts spricht sich klar gegen eine erneute Olympiabewerbung Berlins aus, da der organisatorische und finanzielle Aufwand in keinem angemessenen Verhältnis zum gesellschaftlichen Nutzen steht. Olympische Spiele verursachen regelmäßig Kosten im Milliardenbereich, während die langfristigen

wirtschaftlichen Effekte für die Stadt selbst gering bleiben und häufig vor allem private sowie organisationsnahe Strukturen profitieren.

Erfahrungen anderer Austragungsorte zeigen zudem erhebliche Risiken durch Kostenüberschreitungen und nicht nachhaltig genutzte Infrastruktur. Ein zentrales Problem liegt in der fehlenden Nachhaltigkeit solcher Großprojekte: Für die kurzfristige Nutzung errichtete Sport- und Infrastrukturprojekte führen oft zu dauerhaften Folgekosten oder ungenutzten Bauten, während gleichzeitig dringende Investitionen in Bildung, Wohnungsbau, Verwaltung und öffentliche Daseinsvorsorge ausbleiben.

Auch gesellschaftlich fehlt einer erneuten Bewerbung die ausreichende Legitimation, da vergleichbare Projekte in der Vergangenheit auf deutliche Skepsis in der Bevölkerung gestoßen sind. Vor diesem Hintergrund wäre eine erneute Bewerbung ohne breite und transparente Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger politisch nicht vermittelbar.

Zusätzlich wird auf die historische Verantwortung Berlins hingewiesen, die insbesondere im Kontext der Olympischen Spiele 1936 eine besondere Sensibilität im Umgang mit symbolisch aufgeladenen Großveranstaltungen erfordert. Insgesamt heißt dies, dass Berlin seine Ressourcen nicht für kurzfristige Prestigeprojekte einsetzen soll, sondern für langfristig wirksame Investitionen in soziale Infrastruktur und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen.

„Schwitzen statt sitzen“

In Berlin sitzen täglich rund 185 Menschen in Haft, weil sie eine Geldstrafe – oft im niedrigen dreistelligen Bereich – nicht zahlen konnten. Diese Ersatzfreiheitsstrafen treffen vor allem Menschen in Armut, etwa wegen wiederholten Fahrens ohne Fahrschein. Die Kosten dafür belaufen sich auf bis zu 15 Mio.€ jährlich, während zugleich dringend benötigte Haftplätze für schwere Straftaten fehlen. Berlin verfügt mit dem Projekt „Arbeit statt Strafe“ über ein erprobtes Instrument, das eine Tilgung von Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit ermöglicht – zum Beispiel bei der Tafel, in der Stadtteilarbeit oder bei der Grünpflege. Doch obwohl das Modell nachweislich Millionen spart und sozialen Nutzen stiftet, wird es bislang nicht konsequent angewendet.

Wir fordern daher: „Schwitzen statt Sitzen“ muss zur Regel werden – und Ersatzfreiheitsstrafen zur Ausnahme.

So verhindern wir Klassenjustiz, entlasten den Strafvollzug und schaffen gesellschaftlichen Mehrwert. Kein Mensch soll allein wegen seiner Armut im Gefängnis landen.

Schutz vor häuslicher Gewalt - Präventive Fußfesseln zum Schutz vor Femiziden

Berlin muss mehr tun, um Femizide zu verhindern. Es handelt sich dabei nicht um „Familiendramen“, sondern um gezielte Tötungen von Frauen, häufig durch (Ex-)Partner nach langem psychischem und physischem Missbrauch.

Diese Taten sind oft absehbar – doch bislang fehlt in Berlin eine wirksame gesetzliche Grundlage, um gefährdete Frauen rechtzeitig zu schützen. Nach der Zustimmung des Bundesrates zur Gesetzesinitiative im Juni 2026 fordern wir die schnelle Einführung einer gesetzlichen Grundlage zur präventiven Anordnung elektronischer Fußfesseln im Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG Bln). Ziel ist es, potenzielle Täter auf richterliche Anordnung und nach konkreter Gefährdungsprognose bereits vor einer erneuten Tat überwachen zu können. Dabei steht der Schutz des potenziellen Opfers im Mittelpunkt.

Ohne die von uns geforderte Live-Ortung bleibt der Opferschutz reaktiv und kommt zu spät. Dazu kann so ein Kontakt- oder Annäherungsverbot effektiv kontrolliert und durchgesetzt werden.

Das Beispiel Spaniens zeigt die Wirksamkeit: In über 12.000 Fällen mit GPS-Fußfessel kam es zu keinem einzigen Femizid, solange die Maßnahme aktiv war - Berlin darf diese Chance nicht ungenutzt lassen und sendet ein klares Signal: Berlin schützt Frauen, bevor es zu spät ist.

Die Zahl der Straftaten gegen Frauen ist in Deutschland zuletzt deutlich gestiegen. Besonders alarmierend ist der Anstieg häuslicher Gewalt: Im Jahr 2024 waren über 70 % der Betroffenen weiblich, ein Großteil wurde Opfer von Partnerschaftsgewalt. Gewalt gegen Frauen ist kein Randphänomen, sondern ein strukturelles Problem – auch in Berlin.

Strafverschärfung bei K.-o.-Tropfen

Eine besonders perfide Form dieser Gewalt ist der Einsatz sogenannter K.-o.-Tropfen bei Sexual- und Raubdelikten. Täter verabreichen sedierende oder betäubende Substanzen häufig unbemerkt über Getränke. Die gesundheitlichen Risiken sind erheblich: Atemnot, Bewusstlosigkeit, allergische Reaktionen und im schlimmsten Fall Lebensgefahr. Zudem werden die Mittel oft unkontrolliert dosiert oder kombiniert.

Die Taten finden überwiegend im sozialen Nahfeld statt – im Bekanntenkreis, in Beziehungen oder im familiären Umfeld. Für die Opfer ist die Aufklärung besonders schwierig. Viele Substanzen sind nur für wenige Stunden nachweisbar, häufig kommt zusätzlicher Alkoholkonsum hinzu. Das führt dazu, dass Erinnerungen lückenhaft sind und Verfahren erschwert werden.

Trotz dieser Gefährlichkeit hat der Bundesgerichtshof 2024 entschieden, dass K.-o.-Tropfen rechtlich nicht als „gefährliches Werkzeug“ gelten. Die Folge: Für entsprechende Taten gilt derzeit häufig lediglich eine Mindestfreiheitsstrafe von drei

Jahren. Dieses Strafmaß wird der Schwere der Tat und den Risiken für die Opfer nicht gerecht.

Ein entsprechender Gesetzentwurf zur Strafverschärfung wurde auf Bundesebene bislang nicht umgesetzt. Wir fordern deshalb und setzen uns im Bundesrat dafür ein, dass hier an einer Verbesserung der Situation gearbeitet wird.

Frauenhausplätze bedarfsgerecht ausbauen

In Berlin fehlen weiterhin ausreichend Plätze in Frauenhäusern. Schutzsuchende Frauen und ihre Kinder finden oft keinen sicheren Zufluchtsort – das ist ein unhaltbarer Zustand.

Die Istanbul-Konvention des Europarats verpflichtet Deutschland seit 2011, ausreichend Schutzunterkünfte für von Gewalt betroffene Frauen bereitzustellen. Artikel 23 fordert ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes Angebot. Berlin wird diesem Anspruch bislang nicht gerecht.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Schutz vor Gewalt nicht vom Zufall abhängt. Jede betroffene Frau muss schnell und unbürokratisch einen sicheren Platz erhalten können - Gewaltschutz ist eine staatliche Kernaufgabe. Berlin muss sicherstellen, dass ausreichend Schutzräume zur Verfügung stehen – jederzeit und für alle Betroffenen!

Safe-Points: Sicherheit sichtbar machen - SAFE-POINTS

Parks dürfen keine Angsträume sein. Mit Safe-Points schaffen wir sichtbare Sicherheit: Überdachte Notrufsäulen mit klar markiertem Bereich, vier Kameras nur auf diesen Raum gerichtet und einem direkten Notrufknopf zur Polizei. Im Alarmfall leuchtet der Safe-Point weithin rot auf, Ansagen schrecken Täter ab und machen Umstehende aufmerksam. Das Display bietet mehrsprachige Infos zu Hilfsangeboten wie Heimwegtelefon oder BIG-Hotline. So wird Sicherheit für alle Menschen in Berlin sichtbar und erlebbar.

Beteiligung an Polizeikosten bei Großveranstaltungen

Die PdF Berlin fordert: Bei Hochrisikospielen und vergleichbaren Großveranstaltungen sollen Veranstalter künftig an den Polizeikosten beteiligt werden. Berlin darf sich hier nicht länger querstellen – auch, wenn die Gewalt vor dem Stadion stattfindet.

Feuerwerk nur in Sonderzonen – für mehr Sicherheit und Rücksicht

Private Feuerwerke führen jedes Jahr zu Verletzungen, Umweltbelastung, Tierleid und massiven Einsätzen von Polizei und Rettungskräften. Die PdF Berlin fordert ein Verkaufsverbot für Feuerwerk der Kategorie F2 – aber auch eine klare Zwischenlösung: In eigens ausgewiesenen Sonderzonen soll kontrolliertes Abbrennen unter Auflagen weiterhin möglich sein. Statt Chaos im ganzen Stadtgebiet braucht es

sichere Alternativen – durch Lasershows, Drohnenshows und ein Ende der Böllerei in Wohnvierteln. Für ein rücksichtsvolleres Berlin – für Mensch, Tier und Umwelt.

Einsatz von Tasern bei der Berliner Polizei

Die Anforderungen an die Berliner Polizei haben sich in den vergangenen Jahren spürbar verändert. Einsätze werden komplexer, unübersichtlicher und gefährlicher. Polizeikräfte sehen sich zunehmend mit Personen konfrontiert, die unter Alkohol- oder Drogeneinfluss stehen, sich in psychischen Ausnahmesituationen befinden oder bewaffnet sind. Gleichzeitig nimmt die Gewalt gegen Einsatzkräfte weiter zu.

Der Staat ist verpflichtet, seine Einsatzkräfte zu schützen und zugleich das Leben aller Beteiligten bestmöglich zu bewahren. In hochdynamischen Gefahrenlagen darf es nicht vorschnell zum Einsatz tödlicher Gewalt kommen. Genau hier kann der Taser als Distanz-Elektroimpulsgerät eine entscheidende Lücke schließen. Sein Einsatz unterliegt den strengen Vorgaben des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes Berlin (ASOG Bln) sowie dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit: Er darf ausschließlich dann eingesetzt werden, wenn mildere Mittel nicht ausreichen und eine gegenwärtige erhebliche Gefahr für Leib oder Leben besteht. Jeder Einsatz stellt einen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit dar und erfordert daher eine klare gesetzliche Grundlage, strikte Kontrolle und maximale Transparenz.

Richtig eingesetzt kann der Taser Leben retten – als Alternative zur Schusswaffe.

Saubere Stadt – gemeinsam für ein gepflegtes Berlin

Ein sauberes Berlin stärkt Lebensqualität und Zusammenhalt. Überfüllte oder defekte Mülleimer stören nicht nur das Stadtbild, sondern fördern eine weitere Vermüllung. Deshalb wollen wir, dass die BSR ihre öffentlichen Abfallbehälter flächendeckend digital kennzeichnet. So können Bürgerinnen und Bürger per App unkompliziert melden, wenn ein Mülleimer voll oder beschädigt ist – mit direkter Rückmeldung, sobald die BSR reagiert hat. Das schafft Transparenz, Effizienz und sichtbare Ergebnisse.

Gegen illegale Sperrmüllablagerungen setzen wir auf das Programm „Sauberpaten“. Berlinerinnen und Berliner – insbesondere Seniorinnen und Senioren mit geringem Einkommen – können Müllfunde melden und erhalten dafür eine kleine Aufwandsentschädigung. So verbinden wir soziale Teilhabe mit aktivem Umweltschutz und machen Stadtsauberkeit zu einer gemeinsamen Aufgabe.

Das Programm stärkt Umweltbewusstsein, Nachbarschaftssinn und das Bewusstsein für gemeinschaftliches Engagement. Es hilft, Kosten zu senken, gefährliche Abfälle schneller zu beseitigen und unsere Kieze dauerhaft sauber und lebenswert zu halten.

Demokratie fördern

Stabile Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in politische Institutionen und Entscheidungsprozesse. Dieses Vertrauen soll durch eine gezielte

direkte und dialogische Beteiligung der Bevölkerung gefördert werden. Ziel ist es, politische Entscheidungen nachvollziehbarer zu machen, gesellschaftliche Teilhabe zu erhöhen und politische Entfremdung sowie Polarisierung zu reduzieren.

Dazu sollen Bürger:innenräte beitragen, bei denen ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aktiv in politische Beratungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Diese sollen themenbezogen zusammengesetzt sein und beispielsweise bei Bildungsfragen auch Personen aus Schule, Elternschaft, Wissenschaft und Praxis zusammenbringen. Je nach Thema können diese Gremien beratend, mitgestaltend oder in bestimmten Fällen auch entscheidungsnah eingebunden werden.

Ergänzend dazu sollen bestehende Instrumente wie Volksentscheide und Bürgerbegehren gestärkt werden, wobei der Schwerpunkt auf Austausch, Diskussion und gemeinsamer Lösungsfindung liegt.

Ziel ist ein demokratisches Verständnis, in dem politische Prozesse nicht ausschließlich repräsentativ „über die Köpfe hinweg“, sondern stärker gemeinsam mit den Menschen gestaltet werden. Dadurch sollen Transparenz, politische Bildung und gesellschaftliches Engagement gefördert und die Demokratie insgesamt näher an den Alltag der Bürgerinnen und Bürger gebracht werden.

09

Integration und Menschenrechte

„Teilhabe für alle, Würde für jede und jeden.“

Begegnung und Austausch fördern, Sozialraum schaffen

Öffentliche Räume müssen mehr sein als reine Transiträume – sie erfüllen eine zentrale soziale Funktion für Begegnung, Teilhabe und Zusammenhalt. Wenn Aufenthaltsmöglichkeiten im Alltag fehlen, verlagert sich das städtische Leben in wenige Orte oder in digitale Räume.

Wir setzen uns für deutlich mehr Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten im gesamten Stadtraum ein – nicht nur in Parks. Dazu gehören gut gestaltete, barrierefreie und beleuchtete Sitzgelegenheiten an Straßen, Plätzen und vor öffentlichen Gebäuden.

Ziel ist eine Stadt, die Begegnung im Alltag ermöglicht, soziale Durchmischung fördert und Einsamkeit als gesellschaftliche Herausforderung aktiv mitdenkt. Stadtplanung muss dabei auch soziale Prävention sein und den öffentlichen Raum als Raum für alle sichern.

Die kleinste sozialraumbezogene Planungsebene ist in Berlin der Planungsraum. Die PdF setzt sich dafür ein, dass in jedem Planungsraum ein integriertes kommunales Angebot von Stadtteiltreff, kleiner Gastronomie und Beratungsangebot besteht.

Anonyme Bewerbungsverfahren

Chancengleichheit im Arbeitsmarkt beginnt beim Bewerbungsverfahren. Dennoch werden Entscheidungen häufig durch Faktoren beeinflusst, die nicht leistungsbezogen sind – etwa Name, Geschlecht oder Herkunft.

Wir setzen uns für die Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst ein. In einer ersten Auswahlphase sollen ausschließlich Qualifikation, Erfahrung und Eignung bewertet werden, während personenbezogene Daten ausgeblendet bleiben. Die Anonymität wird erst nach der Vorauswahl aufgehoben, wenn Einladungen zu Gesprächen erfolgen. Ziel ist ein transparenter,

diskriminierungsfreier und leistungsorientierter Auswahlprozess, der Berlin zum Vorreiter fairer Personalgewinnung macht.

Öffentliche Werbeflächen für das Gemeinwohl nutzen

Künftig sollen in allen städtischen Werbeverträgen zehn Prozent der Werbeflächen für gemeinnützige Zwecke reserviert werden – z. B. für Sport, Kultur, Nachbarschaft. Behörden dürfen diese Anteile nicht für Eigenwerbung nutzen.

Konvention.

Mental-Load-Check

Die Idee eines „Mental Load Check – Familienfreundliche Verwaltung“ zielt darauf ab, Familien im Alltag nicht nur finanziell, sondern auch organisatorisch zu entlasten. Viele Familien – insbesondere berufstätige Eltern und pflegende Angehörige – tragen einen erheblichen unsichtbaren Aufwand für Anträge, Fristen und Koordination von Leistungen wie Kita, Elterngeld oder Wohngeld. Dieser sogenannte „Mental Load“ soll durch ein Pilotprojekt der Verwaltung gezielt reduziert werden.

Dazu sollen Verwaltungsprozesse stärker gebündelt und digitalisiert werden, etwa durch zentrale Online-Anträge für mehrere Familienleistungen, automatische Erinnerungen an Fristen sowie priorisierte Bearbeitung für besonders belastete Personengruppen. Ziel ist eine Verwaltung, die proaktiv unterstützt, statt zusätzliche organisatorische Last zu erzeugen.

Berlin soll damit eine Vorreiterrolle einnehmen und zeigen, dass familienfreundliche Politik auch bedeutet, Bürokratie spürbar zu vereinfachen. Der Grundsatz lautet: Nicht nur finanzielle Hilfen, sondern auch Entlastung von Verwaltungsaufwand ist ein zentraler Bestandteil moderner Familienpolitik.

Öffentliche Toiletten

Wir fordern den deutlichen Ausbau öffentlicher Toiletten mit einem Fokus auf den tatsächlichen Bedarf von Frauen. Hierzu zählen mehr Sauberkeit, ggf. geregelte Zugangssysteme und die Prüfung eines Gebührensystems ggf. mit Erstattung.

Reine Unisex-Lösungen ersetzen häufig bestehende Kapazitäten, ohne die Zahl der nutzbaren Kabinen zu erhöhen, wodurch weiterhin längere Wartezeiten für Frauen entstehen.

Öffentliche Toiletten sollen künftig bedarfsgerecht geplant werden – mit ausreichend Kabinen, hygienischer Ausstattung, Wickelmöglichkeiten und guter Beleuchtung. Ziel ist eine alltagstaugliche, sichere und gerechte Infrastruktur im öffentlichen Raum. Um den Drogenkonsum auf öffentlichen Toiletten einzudämmen braucht es außerdem mehr alternative Konsumräume.

Gendern – barrierefrei und inklusiv gestalten

Die öffentliche Debatte um geschlechtergerechte Sprache hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Ziel des sogenannten Genderns ist es, alle Geschlechter sprachlich sichtbar zu machen und damit Gleichstellung auch in der Sprache zu fördern. In der Praxis werden hierfür häufig Sonderzeichen wie das Gendersternchen verwendet. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob diese Form der sprachlichen Darstellung tatsächlich für alle Menschen gleichermaßen zugänglich ist. Insbesondere digitale Assistenzsysteme für sehbehinderte oder blinde Menschen, aber auch Menschen mit kognitiven Einschränkungen oder mit Deutsch als Zweitsprache, können dadurch vor zusätzliche Verständnishürden gestellt werden. Vor diesem Hintergrund gewinnt der Aspekt der sprachlichen Barrierefreiheit zunehmend an Bedeutung.

Als Alternative werden geschlechtsneutrale oder partizipiale Formulierungen vorgeschlagen, wie etwa „Lehrkräfte“, „Studierende“ oder Umschreibungen wie „Menschen, die...“. Diese Ansätze können sowohl inklusiv im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit als auch verständlicher und barriereärmer sein. Allerdings sind auch diese Formen nicht in allen Kontexten uneingeschränkt anwendbar. Ziel ist daher eine ausgewogene Lösung, die sowohl geschlechtergerechte Sprache als auch sprachliche Zugänglichkeit berücksichtigt. Die Frage, wie eine inklusive und gleichzeitig barrierearme Kommunikation im öffentlichen Raum und in offiziellen Texten gestaltet werden kann, bleibt damit ein offener und gesellschaftlich relevanter Diskussionspunkt, welcher einer integrativen Lösung bedarf. Im Falle einer gegenderten Sprache verwenden wir den Doppelpunkt.

10

Frauen. Freiheit. Gleichstellung

„Sicher, gerecht und selbstbestimmt.“

Berlin ist eine vielfältige, moderne und offene Stadt. Dennoch erleben viele Frauen im Alltag noch immer Unsicherheit, finanzielle Benachteiligung und strukturelle Hürden – sei es im öffentlichen Raum, im Gesundheitswesen oder im Berufsleben. Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen sich sicher fühlen, gleichberechtigt teilhaben und die Unterstützung erhalten, die sie verdienen. Dafür braucht es konkrete politische Maßnahmen statt Symbolpolitik.

Unser Frauenwahlprogramm setzt deshalb drei Schwerpunkte: Gesundheit und Menstruationsgerechtigkeit, Sicherheit im öffentlichen wie im privaten Raum sowie soziale Teilhabe und Chancengleichheit. Dabei geht es nicht um Sonderrechte, sondern um echte Gleichstellung im Alltag.

1. Gesundheit und Menstruationsgerechtigkeit

Menstruationsprodukte dürfen kein Luxus sein

Damenhygieneartikel gehören zum täglichen Grundbedarf und dürfen nicht länger steuerlich benachteiligt werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Mehrwertsteuer auf Periodenprodukte vollständig zu streichen.

Ein auf null gesenkter Mehrwertsteuersatz ist ein wichtiger Schritt gegen die sogenannte „Tamponsteuer“ und für mehr Menstruationsgerechtigkeit. Studien zeigen, dass der Zugang zu bezahlbaren Menstruationsprodukten essenziell für Gesundheit und soziale Teilhabe menstruierender Personen ist. Länder wie Irland und Schottland haben entsprechende Maßnahmen bereits erfolgreich umgesetzt – mit positiven Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die finanzielle Belastung der Betroffenen. Auch das geltende EU-Recht erlaubt es den Mitgliedstaaten inzwischen, die Mehrwertsteuer auf essenzielle Güter des täglichen Bedarfs auf null zu senken.

Darüber hinaus wollen wir kostenlose Menstruationsprodukte auf öffentlichen Toiletten, in Schulen, Universitäten und öffentlichen Einrichtungen bereitstellen.

Niemand soll aufgrund von Periodenarmut vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden.

Kostenfreie Gesundheitsvorsorge für Frauen

Gesundheit darf keine Frage des Geldbeutels sein. Deshalb fordern wir, dass Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten grundsätzlich von den Krankenkassen übernommen werden – unabhängig von Geschlecht oder sexueller Orientierung.

Gerade für Frauen bestehen hier oft Versorgungslücken. Prävention und frühzeitige Diagnosen schützen nicht nur die individuelle Gesundheit, sondern entlasten langfristig auch das Gesundheitssystem. Wir wollen einen diskriminierungsfreien Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen und medizinischer Beratung schaffen.

Mehr öffentliche und kostenlose Frauentoiletten

Frauen verbringen im Durchschnitt deutlich länger auf öffentlichen Toiletten und haben zugleich oft schlechteren Zugang zu schnellen und hygienischen Sanitäranlagen als Männer. Während öffentliche Räume vielerorts mit kostenlosem Pissoir ausgestattet sind, fehlen vergleichbare Lösungen für Frauen nahezu vollständig.

Wir setzen uns deshalb für mehr kostenlose, sichere und hygienische Frauentoiletten ein – insbesondere an Bahnhöfen, in Parks und an stark frequentierten Orten. Zudem wollen wir innovative Sanitärkonzepte fördern, etwa moderne Hockurinale und sogenannte „Female Urinals“. Berliner Anbieter wie MISSOIR zeigen bereits, dass hygienische, wasser- und platzsparende Lösungen für Frauen möglich sind und Wartezeiten spürbar verkürzen können.

Geschlechtsneutrale Unisex-Toiletten können in bestimmten Bereichen sinnvoll sein, reichen allein jedoch nicht aus. Sie berücksichtigen häufig nicht die unterschiedlichen Anforderungen im Alltag – etwa längere Nutzungszeiten oder den erhöhten Bedarf an Privatsphäre während der Menstruation, in der Schwangerschaft oder beim Toilettengang mit kleinen Kindern. Gerade deshalb braucht es zusätzlich gezielt geplante, gut zugängliche Sanitärangebote für Frauen.

Eine gerechte Stadtplanung muss diese Realitäten mitdenken – damit der Zugang zu Toiletten nicht zum alltäglichen Hindernis wird, sondern selbstverständlich, sicher und unkompliziert ist.

2. Sicherheit für Frauen in Berlin

Mehr Schutzräume im öffentlichen Raum

Frauen müssen sich in Berlin jederzeit sicher bewegen können – tagsüber wie nachts. Deshalb wollen wir bestehende Schutzkonzepte im öffentlichen Raum deutlich ausbauen.

Initiativen wie die Berliner „Aktion Noteingang“ zeigen bereits heute, wie Geschäfte, Spätis, Cafés und öffentliche Einrichtungen zu Schutzräumen für Menschen werden

können, die sich bedroht oder unsicher fühlen. Wir wollen dieses Netzwerk gezielt erweitern – insbesondere im Umfeld von U- und S-Bahnhöfen, an Nachtbuslinien und an bekannten Angsträumen. Teilnehmende Geschäfte sollen besser sichtbar gekennzeichnet und ihre Mitarbeitenden geschult werden, damit Betroffene schnell und unkompliziert Hilfe finden.

Ausbau der Kampagne „Wo ist Luisa?“

Viele Frauen erleben Belästigung, Bedrohung oder das sogenannte „Spiking“ in Bars, Clubs oder auf Veranstaltungen. Die Kampagne „Wo ist Luisa?“ ermöglicht es Betroffenen schon heute, sich diskret Hilfe beim Personal zu holen.

Wir wollen diese Initiative berlinweit stärker fördern, bekannter machen und verpflichtende Awareness-Schulungen für Clubs, Bars und Veranstaltungsorte unterstützen. Schutzkonzepte funktionieren nur, wenn Mitarbeitende vorbereitet sind und Betroffene wissen, dass Hilfe verfügbar ist. Ergänzend setzen wir uns für mehr Aufklärung über sexualisierte Gewalt und über sichere Heimwege im Nachtleben ein.

Frauenhäuser stärken und langfristig absichern

Gewalt gegen Frauen findet in den meisten Fällen nicht im öffentlichen Raum statt, sondern im eigenen Zuhause. Sicherheit bedeutet daher nicht nur Schutz auf der Straße, sondern vor allem wirksamen Schutz im privaten Umfeld.

Wir setzen uns für den konsequenten Ausbau der Berliner Frauenhäuser und für eine verlässliche, langfristige Finanzierung dieser Schutzstrukturen ein. Damit wird Berlin zugleich seinen Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention gerecht. Besonders wichtig ist uns, dass Frauenhäuser niedrigschwellig und tatsächlich für alle Frauen zugänglich sind – unabhängig von Aufenthaltsstatus, Sprache oder Herkunft. Gerade migrantische Frauen stoßen häufig auf mehrfache Hürden und finden im bestehenden System nicht immer ausreichend Schutz. Der Zugang zu Schutz darf niemals von bürokratischen Hürden abhängen: Jede Frau hat ein Recht auf einen sicheren Ort, wenn ihr Zuhause keiner mehr ist.

Gewaltschutz neu denken – Staatliche Verantwortung statt Symbolpolitik

Wir wollen Gewaltschutz neu denken und uns an erfolgreichen internationalen Vorbildern orientieren. Spanien zeigt mit dem System *VioGén*, wie moderner Opferschutz funktionieren kann: Standardisierte Risikobewertungen erkennen Gefährdungslagen früh, Schutzmaßnahmen werden individuell angepasst, und bei hoher Gefahr erfolgt eine enge Begleitung durch Polizei, Justiz und soziale Dienste.

Wirksamer Gewaltschutz darf jedoch nicht bei elektronischen Fußfesseln oder Kontaktverboten enden. Der Staat muss Verantwortung dafür übernehmen, Betroffenen tatsächlich ein Leben in Sicherheit zu ermöglichen. In besonders schweren Fällen sollen daher weitergehende Schutzmaßnahmen geprüft und ausgebaut werden – von sicheren Schutzwohnungen über finanzielle Soforthilfen und psychologische Betreuung bis hin zu Namensänderungen, Identitätswechseln und besonderen Schutzprogrammen für Hochrisikobetroffene. Niemand darf gezwungen

sein, aus Angst vor Gewalt bei der gewaltausübenden Person zu bleiben oder unterzutauchen, ohne staatliche Unterstützung zu erhalten.

Viele Betroffene kehren aus wirtschaftlicher Not, fehlendem Wohnraum oder mangelnden Perspektiven in gewaltbelastete Beziehungen zurück. Deshalb gehören bezahlbarer Wohnraum, berufliche Wiedereingliederung, finanzielle Absicherung und langfristige Begleitung ebenso zum Gewaltschutz wie Frauenhäuser und Kriseneinrichtungen.

Geschlechtsspezifische Gewalt ist kein privates Problem und keine bloße Unterkategorie häuslicher Konflikte, sondern ein Angriff auf Freiheit, Sicherheit und Gleichberechtigung von Frauen. Wir wollen deshalb prüfen, geschlechtsspezifische Gewalt als **eigenständigen Straftatbestand** beziehungsweise als eigenständige Rechtskategorie im Strafrecht zu verankern. Parallel dazu wollen wir **spezialisierte Gerichte** schaffen, die strafrechtliche, familienrechtliche und zivilrechtliche Fragen – etwa Gewaltschutzanordnungen, Sorge- oder Umgangsrecht – gebündelt behandeln. Das stärkt die Expertise, beschleunigt Verfahren und verhindert, dass Betroffene zwischen verschiedenen Zuständigkeiten aufgerieben werden.

Eine erfolgreiche Gewaltschutzpolitik zeigt sich nicht nur in der Zahl verhinderter Taten, sondern auch darin, ob Betroffene Vertrauen in staatliche Institutionen haben. Berlin muss deshalb eine Kultur der Anzeige fördern – durch Aufklärung, niedrigschwellige Hilfsangebote, vertrauenswürdige Anlaufstellen und eine bessere Datenerfassung. Mehr Anzeigen bedeuten nicht zwangsläufig mehr Gewalt; sie können auch Ausdruck eines Staates sein, dem Betroffene zutrauen, sie wirksam zu schützen.

3. Soziale Teilhabe und Chancengleichheit

Kostenfreier ÖPNV für Mütter

Mobilität bedeutet Teilhabe. Gerade alleinerziehende Mütter und pflegende Angehörige sind im Alltag auf Bus und Bahn angewiesen – für den Weg zur Arbeit, zur Kita, zur Schule oder zu Arztterminen. Deshalb setzen wir uns für einen kostenfreien öffentlichen Nahverkehr für Mütter ein.

Damit entlasten wir Familien finanziell, fördern klimafreundliche Mobilität und ermöglichen mehr gesellschaftliche Teilhabe. Dieses Vorhaben verstehen wir als Teil unseres umfassenden Mobilitätskonzepts für ein gerechteres Berlin (siehe Kapitel „Mobilität und Verkehr“).

Chancen und Schutz für Frauen mit Migrationsgeschichte

Berlin ist eine vielfältige Stadt – doch viele Frauen mit Migrationsgeschichte stoßen weiterhin auf große Hürden. Ob Musliminnen, Geflüchtete aus der Ukraine, aus Syrien oder Afghanistan oder Betroffene von Menschenhandel: Zu oft erleben sie Gewalt, Ausgrenzung und mangelnde Unterstützung. Als Partei des Fortschritts richten wir einen besonderen Fokus auf migrantischen Feminismus und setzen auf konkrete, finanzierbare Lösungen für mehr Sicherheit, Gerechtigkeit und Teilhabe.

Zugang, Beratung und Information. Wir wollen den Zugang zu Sprachkursen und beruflichen Qualifizierungsangeboten deutlich vereinfachen. Bestehende Angebote von Frauenzentren und Beratungsstellen – etwa von Einrichtungen wie Flotte Lotte e. V. mit Sprachkursen, Coachings und beruflicher Beratung – leisten bereits wichtige Arbeit und sollen gestärkt werden. Ergänzend schaffen wir eine zentrale, mehrsprachige Online-Plattform, die Informationen zu Sprachkursen, Bildung, Kinderbetreuung, Beratungsstellen, Berufseinstieg und Fördermöglichkeiten bündelt und leicht verständlich zugänglich macht.

Schutz und Gewaltprävention. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention scheitert häufig an fehlenden Mitteln. Wir fordern daher verbindliche Haushaltsmittel für kultursensible Frauenhäuser mit mehrsprachigem Personal, die auf spezifische Bedürfnisse wie Halal-Verpflegung oder geschlechtergetrennte Räume eingehen. 24/7-Hotlines in Sprachen wie Arabisch, Ukrainisch, Türkisch und Vietnamesisch müssen zum Standard werden. Von Gewalt betroffene geflüchtete Frauen benötigen einen unabhängigen Aufenthaltstitel ohne Bedingungen. Präventionsarbeit in Moscheen, Community-Centern und Geflüchtetenunterkünften ist auszuweiten, um Gewalt frühzeitig zu verhindern. Den Menschenhandel – etwa in Nagelstudios, Massagesalons oder Privathaushalten – bekämpfen wir durch eine engere Zusammenarbeit mit den betroffenen Communities und durch konsequente Strafen für die Täter:innen.

Rechte tatsächlich wahrnehmen. Viele migrantische Frauen, insbesondere aus Vietnam, nehmen ihre Sozialleistungsansprüche nicht wahr, weil ihnen der Kontakt zu den Behörden fehlt. Wir setzen deshalb auf niedrigschwellige Angebote: mobile Beratungsteams in Community-Centern, Moscheen und vietnamesischen Geschäften, die in der jeweiligen Muttersprache über Ansprüche aufklären, sowie anonyme und vertrauliche Erstberatungen ohne Meldepflicht, die Ängste vor Abschiebung oder Stigmatisierung abbauen. Vertrauenspersonen aus den Communities sollen dabei als Brücke zu den Behörden wirken.

Arbeit und Anerkennung. Auf dem Arbeitsmarkt sind viele migrantische Frauen in prekären Jobs tätig oder erhalten keine Anerkennung ihrer Abschlüsse. Wir setzen uns für schnellere Anerkennungsverfahren ausländischer Qualifikationen und für kostenlose Sprachkurse mit Kinderbetreuung ein. In Branchen mit hohem Migrantinnenanteil – etwa Pflege, Reinigung und Gastronomie – braucht es regelmäßige Kontrollen gegen Lohnwucher und Ausbeutung.

Gesundheit. Medizinische Versorgung muss für jede Frau zugänglich sein. Kostenlose Dolmetscher:innen in Arztpraxen und Krankenhäusern – besonders in Gynäkologie und Geburtshilfe – sind dafür unverzichtbar. Hinzu kommen Aufklärung über weibliche Genitalverstümmelung (FGM) in den betroffenen Communities sowie kostenlose Verhütungsmittel für alle Frauen.

Bildung und politische Teilhabe. Bildung ist der Schlüssel zur Selbstbestimmung. Wir fordern kostenlose Nachhilfe und Studienvorbereitung für Mädchen und Frauen mit Migrationsgeschichte sowie Stipendienprogramme für Geflüchtete. Und weil ihre

Interessen angemessen vertreten sein müssen, setzen wir uns für Quoten für migrantische Frauen in Gremien und Behörden ein.

11

Politik für Ältere

„Würdevoll leben – in jedem Alter.“

Pflegebedürftige

Die Zahl der Pflegebedürftigen wird kontinuierlich wachsen. Es wird deutlich, dass für eine gute und anspruchsvolle Pflege mehr professionelles Pflegepersonal benötigt wird. Hier bedarf es entsprechender erweiterter Schulungsangebote, die integraler Bestandteil der Ausbildung für Pflegeberufe werden sowie für Quereinsteiger als Weiterbildung verpflichtend sind.

Die im Juni 2024 erfolgte Berufung von Frau Prof. Dr. Meyer-Rötz zur Pflegebeauftragten wird von uns sehr begrüßt. Es entstand somit eine Anlaufstelle für Pflegebedürftige und ihrer Angehörigen sowie ein aktives Monitoring, um die vielen städtischen Problemstellungen transparent und somit annehmbar zu machen.

Wir unterstützen weiterhin das grundlegende Prinzip „ambulant vor stationär“. Pflegebedürftige sollen so lange wie möglich in ihrer Wohnung und in ihrer vertrauten Umgebung leben. Dazu ist jedoch der Ausbau von Tages-, Kurzzeit-, Nacht- und Verhinderungspflege unerlässlich. Speziell der Ausbau und die Diversifizierung der (Kinder-) Hospize, (Teil-) Palliativstationen sowie die Stärkung der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) sollte möglichst wohnortnah erfolgen.

Verbesserung der Pflegesituation

Wir fordern die Einrichtung einer Landespflegekammer. Mit einer Berliner Pflegekammer können die Interessen und Belange der Pflegefachpersonen in all ihrer Gesamtheit vertreten werden. Pflegekammern gibt es bereits in Deutschland. Die erste entstand 2016 in Rheinland-Pfalz.

Wir laden Dich ein, Teil unserer **Vision** zu werden. Und gemeinsam eine **moderne Demokratie** und **effizientere Zukunft** zu schaffen

12

Tierwohl

„Tierschutz ist Fortschritt.“

Stadttauben-Management

Stadttauben sind ein menschengemachtes Problem, das bislang unzureichend gelöst wird. Das bereits beschlossene Berliner Stadttaubenmanagement wird aus finanziellen und organisatorischen Gründen kaum umgesetzt – obwohl tierschutzgerechte Maßnahmen langfristig auch Kosten senken können.

Wir setzen auf betreute Taubenschläge nach bewährtem Modell, um die Population nachhaltig und tiergerecht zu regulieren sowie Verschmutzung im öffentlichen Raum zu reduzieren. Dafür braucht es eine verlässliche Finanzierung, klare Zuständigkeiten und modellhafte Pilotprojekte in den Bezirken.

Medikamentöse Eingriffe wie „Ovistop“ lehnen wir aus tierschutzrechtlichen und fachlichen Gründen ab.

Wildtiere im Zirkus

Die Haltung und Vorführung von Wildtieren in Zirkussen ist aus Tierschutzgründen abzulehnen. Häufige Standortwechsel, enge Haltung, Transportbelastungen und Dressur stehen im Widerspruch zu den natürlichen Bedürfnissen dieser Tiere und führen zu Stress und gesundheitlichen Schäden. Dies gilt auch für große Haustiere wie Pferde oder Kamele, die im Zirkusbetrieb ebenfalls zu unnatürlichem Verhalten gezwungen werden.

Wir unterstützen daher ein Verbot der Wildtierhaltung im Zirkus und sprechen uns für eine entsprechende Weiterentwicklung des Tierschutzrechts aus.

Asiatische Tigermücke

Die Asiatische Tigermücke breitet sich auch in Berlin zunehmend aus und kann als invasive Art potenziell Krankheitserreger übertragen. Der bisherige Umgang des Landes Berlin mit überwiegend passivem Monitoring reicht nicht aus, um eine weitere Ausbreitung wirksam zu verhindern.

Wir setzen uns daher für eine aktive, flächendeckende und wissenschaftlich gestützte Bekämpfungsstrategie ein. Dazu gehören ein systematisches Monitoring im gesamten Stadtgebiet, eine bessere Ausstattung der Bezirke sowie ein transparent begleitetes Pilotprojekt zur biologischen Populationskontrolle, etwa durch sterile Männchen. Chemische Maßnahmen sollen nur als letztes Mittel eingesetzt werden. Vorrang haben Prävention, Aufklärung und ökologische Verfahren.

Gegen Abschüsse von Waschbären

Der Waschbär ist in Berlin eine etablierte, zugleich invasive Wildtierart, deren Umgang fachlich und politisch differenziert betrachtet werden muss. Maßnahmen allein über Bejagung greifen nicht nachhaltig und sind weder ausreichend wissenschaftlich fundiert noch tierschutzfachlich gestützt.

Wir setzen uns daher für ein wissenschaftlich begleitetes, kontinuierliches Monitoring der Waschbär-Population ein sowie für ein umfassendes Wildtiermanagement auf Basis aktueller Erkenntnisse. Dazu gehört die Einrichtung eines Wildtierkompetenzzentrums, das Forschung, Verwaltung und Zivilgesellschaft vernetzt.

Der Abschuss von Waschbären ist kein geeignetes Mittel zur Populationssteuerung und wird abgelehnt. Stattdessen sollen Prävention, Vergrämung und datenbasiertes Management im Vordergrund stehen.

Illegalen Heimtierhandel konsequent bekämpfen und bestrafen

Zum Schutz unserer Umwelt und unserer natürlichen Lebensgrundlagen gehört, dass der Mensch Verantwortung für Tiere übernimmt und Tierschutz ernst nimmt. Dazu zählt, Tierleid zu verhindern und das Wohlergehen von Heimtieren konsequent zu sichern.

Der illegale Handel mit Welpen und Kitten ist eine grobe Verletzung von Tierschutz und Tierwohl. Bei Zucht, Transport und Verkauf werden Vorgaben des Tierschutz- und Tiergesundheitsrechts systematisch missachtet. Häufig stammen die Tiere – insbesondere sehr junge, viel zu früh von der Mutter getrennte Welpen – aus unseriösen Zuchtbetrieben, in denen sie unter schlechten Haltungsbedingungen leben. Rechtliche Schlupflöcher, etwa die Möglichkeit, bis zu fünf Tiere als „Privattransporte“ zu deklarieren, erleichtern diesen Handel und erschweren wirksame Kontrollen.

Viele der gehandelten Welpen verfügen über keinen ausreichenden Impfschutz, leiden unter massivem Wurmbefall und weiteren Erkrankungen, die für junge Tiere schnell lebensbedrohlich werden können. Ein Großteil der Tiere, die im illegalen Handel in Berlin verkauft werden, stammt aus dem osteuropäischen Raum.

Wir setzen uns dafür ein, den illegalen Heimtierhandel in Berlin konsequent zu unterbinden, Kontrollen und Strafen deutlich zu verschärfen, Schlupflöcher zu

schließen und Aufklärung für Bürgerinnen und Bürger zu stärken – zum Schutz der Tiere und zum Schutz der Menschen, die gutgläubig solche Tiere erwerben.

Heimtierschutzgesetz für mehr Tierwohl

Damit Tiere in Berlin besser geschützt werden, braucht es ein modernes Heimtierschutzgesetz, das klare, bundesweit geltende Regeln für Haltung, Zucht und Handel von Heimtieren schafft. Aufklärungsarbeit allein reicht nicht mehr aus, um das täglich stattfindende, vermeidbare Tierleid zu beenden.

Viele Halter:innen kennen die natürlichen Bedürfnisse ihrer Tiere nicht und halten sie de facto wie Gefangene. Fehlende oder zu schwache gesetzliche Regelungen führen dazu, dass Millionen Heimtiere in Deutschland oft unbemerkt leiden. Ein Heimtierschutzgesetz muss die Bedürfnisse der Tiere in privater Haltung, im Zoofachhandel und in Zuchtbetrieben verbindlich festschreiben und durchsetzbar machen. Der Online-Handel mit Heimtieren, insbesondere mit Hundewelpen und Kitten, fördert illegale Zucht und qualvolle Transporte. Hinter professionell gestalteten Anzeigen auf Kleinanzeigenportalen verbirgt sich häufig illegaler Welpenhandel. Wir fordern daher ein strenges Verbot des anonymen Internethandels mit Heimtieren und eine Zulassung nur über registrierte, behördlich kontrollierte Anbieter mit verpflichtender Zertifizierungsnummer.

Tierheime und Auffangstationen in Deutschland arbeiten vielerorts an und über ihrer Kapazitätsgrenze und geraten finanziell massiv unter Druck. Aufnahmebegrenzungen oder -stopps können dazu führen, dass Tiere ausgesetzt werden oder in prekären Verhältnissen verbleiben. Deshalb müssen Tierheime deutlich besser mit räumlichen Kapazitäten, Personal und finanziellen Mitteln ausgestattet werden – auch als anerkannte Hilfseinrichtungen der Behörden. Die oben genannten Strafzahlungen werden diesen Kosten gegenübergestellt.

Wir fordern bundesweit verschärfte Kontrollen und spürbar härtere Strafen: hohe Bußgelder, die Einziehung von Transportmitteln sowie verpflichtende Sicherheitsleistungen der Händler zur Versorgung beschlagnahmter Tiere. Gleichzeitig soll gesetzlich geregelt werden, dass Tierheime als Hilfseinrichtungen des Landes und der Bezirke tätig werden können und die öffentliche Hand die Kosten für Unterbringung und Behandlung behördlich eingewiesener Tiere vom ersten Tag an bis zur endgültigen Freigabe übernimmt. Nur ein starkes Heimtierschutzgesetz mit klaren Zuständigkeiten, wirksamer Kontrolle und solider Finanzierung beendet das System des Wegschauens zulasten der Tiere.

Hundeführerschein und Tierklappen

Die PdF Berlin fordert die Einführung eines verpflichtenden Hundeführerscheins für neue Halter und die Abschaffung der pauschalen Rasseliste. Was zählt, ist nicht die Rasse, sondern die Verantwortung des Menschen.

Wer sein Tier nicht mehr versorgen kann, steht oft vor einer schwierigen persönlichen Entscheidung. Tierklappen an Berliner Tierheimen ermöglichen eine anonyme,

tierschutzgerechte Abgabe – rund um die Uhr, ohne Schuldzuweisung. Sie könnten Tiere schützen und Menschen in ihrer seelischen Not entlasten.

Impressum

Partei des Fortschritts (PdF)

Vertreten durch den Vorsitzenden

Lukas Sieper

Reiherweg 18A

50829 Köln

E-Mail: Landesverband.Berlin@partei-des-fortschritts.de

Telefon: +49 152 33149487